

Wöchentlich 88 Pf., monatlich 2,60 Mk.
im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 Mk.
einzelständig 60 Pf. Postzeitung 70 Pf.
72 Pf. Postbestellgebühren. Ausland-
abonnement 2.— Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ „Illustrierte Beilage“, „Heute
und Zeit“ und „Richterfragen“, „Heute
Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lachst“, „Bild in die
Wohlfahrt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konportierung
des 20. Februar, 1930, 1.— Reichs-
markt, „Kleine Ausgaben“ des selb-
stverlegten 20. Februar (gültig seit
12. Februar), jedes weitere Wort
20 Pfennig, 1. Februar, jedes weitere Wort
20 Pfennig, 1. Februar über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienangelegenheiten
Seite 40 Pfennig, Angelegenheiten im Haupt-
geschäft, 1. Februar, 2. wochentlich
von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disz.-Gef., Depotkassette Lindenstr. 3.

Krise in Paris.

Regierung Lardieu in der Minderheit. — Nur Wechsel im Finanzministerium oder Gesamtrücktritt?

Paris 17. Februar. (Eigenbericht.)

Die Regierung Lardieu ist heute abend gegen 8 Uhr im Verlauf der Generaldebatte über das Budget in der Kammer gestürzt. Finanzminister Chéron hatte zum zweiten Male im Laufe des Abends die Vertrauensfrage stellen müssen. Bereits bei der ersten Gelegenheit, gegen 4 Uhr nachmittags, blieb die Regierung mit 12 Stimmen in der Minderheit. Da aber die Geschäftsordnung der Kammer die nachträgliche Rektifikation des Abstimmungsergebnisses zuläßt, gelang es, nachdem sämtliche anwesenden Minister und Staatssekretäre für sich selbst ihre Stimme abgegeben hatten, der Regierung noch ein letztes Mal, eine schwache Mehrheit von 20 Stimmen zu erreichen. Um 8 Uhr abends stellte Chéron zum zweiten Male die Vertrauensfrage. Diesmal blieb die Regierung endgültig mit 286 gegen 281 Stimmen, also mit 5 Stimmen, in der Minderheit. Die Minister verließen sofort den Saal, die Sitzung wurde geschlossen.

Der Sturz der Regierung erfolgte über eine Frage untergeordneten Ranges, die lediglich als Symptom für die seit Wochen ausserordentlich gespannte Spannung zwischen Finanzminister und Kammer zu gelten hat. Es handelte sich um Artikel 3 des Finanzgesetzes, um die Frage, ob der Mann für die Einkünfte seiner Frau steuerpflichtig sei. Im Vorschlag der Finanzkommission wurde diese Frage abgelehnt. In der heutigen Kammer Sitzung nahm Finanzminister Chéron einen gegenteiligen Standpunkt ein. Die Debatte spitzte sich zu und Chéron richtete eine klare Kampfansage an die Kammer, indem er erklärte, daß er es als ein persönliches Misstrauensvotum betrachte, wenn die Kammer bei jeder kleinsten Frage systematisch Obstruktionspolitik treibe. Die Kammer möge sich daher für oder gegen die Regierung entscheiden, und er stelle die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab dann das oben wiedergegebene Resultat.

Seit Tagen lag der Sturz des Finanzministers Chéron in der Luft. Der Ministerpräsident Lardieu, der am Sonnabend aus London nach Paris zurückkehrte, wurde sofort nach seiner Ankunft von seinen Kollegen darüber informiert, daß es höchste Zeit sei, diesen unbeliebten Finanzminister zu erziehen. Gleich darauf erkrankte Lardieu an Grippe, so daß er am Montag der Kammer Sitzung fernbleiben mußte. War etwa diese Krankheit politischer Natur, um eben Chéron seinem Schicksal zu überlassen und ihn so schnell wie möglich stürzen zu lassen? Es gibt in Paris Leute, die Lardieu eine solche raffinierte Taktik wohl zutrauen.

Die Frage ist nun, ob es bei der bloßen Ausschiffung des Finanzministers bleiben oder ob eine völlige Reorganisation des Kabinetts, etwa unter einem neuen Ministerpräsidenten erfolgen wird. Das Kabinett hat, im Einvernehmen mit dem bettlägerigen Ministerpräsidenten, seine Generaldemission überreicht. Dazu war es wohl nach den parlamentarischen Regeln verpflichtet, aber das Staatsoberhaupt Doumergue ist nicht verpflichtet, diesen Gesamtrücktritt anzunehmen. Doumergue kann sich auf den Standpunkt stellen, daß es sich ausschließlich um eine Finanzministerkrise handle, und Lardieu bitten zu bleiben und sein Kabinett zu ergänzen. Das ist vorderhand sogar der wahrscheinliche Ausgang dieser Krise. Denn Lardieu selbst verfügte bisher stets über eine zwar nicht sehr erhebliche, aber doch sichere Mehrheit.

Indessen wären Ueberraschungen nicht undenkbar. Man darf nicht vergessen, daß Poincaré vor zwei Wochen, nach halbjähriger Krankheitspause, völlig wiederhergestellt und tatendurstig wieder in Paris eingetroffen ist. Er hat den Ehrgeiz, wieder Präsident der Republik zu werden und zu der im Jahre 1931 wieder fälligen Wahl zu kandidieren. Bis dahin wird er bestrebt sein, wieder aktiv als Ministerpräsident in Tätigkeit zu treten. Hält er keine Stunde schon leht für gekommen, dann wird Doumergue kaum zögern, ihm den Gefallen zu erweisen und Lardieu zu opfern. Auch Briand erträgt ungern die Rührigkeit Lardiens, der seit dem Haag und neuerdings auch in London die Leitung der außenpolitischen Geschäfte — mit wechselndem Erfolg — an sich reiht. Endlich ist in der radikalen Partei eine starke

Strömung unter Führung des neuen Fraktionsvorsitzenden Chaumery vorhanden, die oppositionsmüde ist. Nachdem die Sozialisten endgültig — wenigstens für die Dauer der jetzigen Legislaturperiode — die Koalitionspolitik abgelehnt haben, sind zahlreiche Radikale der Ansicht, daß es an der Zeit sei, sich wieder an der Regierung zu beteiligen. Allein unter Lardieu, der eine ausgesprochene Rechtsregierung mit einer klaren Rechtsmehrheit gebildet hat, ist das für sie unmöglich. Eher noch könnten sie ihre Rückkehr zur Regierungspolitik unter Briand und sogar unter Poincaré vollziehen.

Es ist also keineswegs undenkbar, daß der Sturz Chérons, selbst wenn er von Lardieu heimlich gewünscht wurde, auch den Sturz Lardiens selber nach sich ziehen wird. Vermutlich wird schon der heutige Tag darüber Klarheit schaffen, welche Konsequenzen der Präsident Doumergue aus der gestrigen Kammerabstimmung zu ziehen gedenkt.

Gesamtdemission überreicht.

Paris, 17. Februar.

Finanzminister Chéron und Kriegsminister Maginot haben den Ministerpräsidenten Lardieu über die Ereignisse, die sich heute abend in der Kammer abspielten, unterrichtet, während sämtliche in Paris anwesenden übrigen Minister in einem Nebenzimmer warteten.

Ministerpräsident Lardieu verlas die Demissionschreiben und gegen 10 Uhr (französischer Zeit) begaben sich sämtliche in Paris anwesenden Minister mit Ausnahme des Ministerpräsidenten, der das Bett hüten muß, und mit Ausnahme des in London weilenden Marineministers Lagues und des in Genf weilenden Handelsministers Blandin ins Elysee, wo sie den Präsidenten der Republik das Demissionschreiben des gesamten Kabinetts überreichten.

Reichskabinett und Etat.

Eine Nachsitzung.

Das Reichskabinett trat gestern abend zu einer Beratung über den Etat für 1930 und die Deckungsvoorlage zusammen. Die Beratungen dauerten in den späten Nachstunden noch an.

Rösters Befinden unverändert ernst.

Anhaltendes hohes Fieber.

Belgrad, 17. Februar, 7 Uhr abends. (Eigenbericht.)

In dem Befinden des deutschen Gesandten in Jugoslawien, Dr. Adolf Röster, ist am Montag eine Besserung nicht eingetreten. Der Zustand Rösters ist nach wie vor außerordentlich bedenklich. Das Thermometer zeigte auch den Tag über hohes Fieber und stieg zeitweise bis zu 40 Grad. Die Befürchtungen der Ärzte um Dr. Röster stützen sich hauptsächlich darauf, daß das Herz des Patienten durch die schwierige Operation außerordentlich stark angegriffen worden ist.

Nach Mitternacht erfahrene wir auf Anruf bei der deutschen Gesandtschaft in Belgrad:

Der hierher berufene Universitätsprofessor Dr. Wendebach hat den Patienten untersucht. Die Darmtätigkeit hat noch nicht wieder begonnen. Der Zustand Dr. Rösters ist nach wie vor ernst; sein Allgemeinzustand zeigt eine Besserung. Temperatur 38,2 Grad.

Zugkatastrophe bei Glasgow.

70 Jahrgäste unter den Trümmern der Wagen.

London, 17. Februar.

Bei Rutherglen in der Nähe von Glasgow hat sich heute abend ein folgenschweres Eisenbahnunglück ereignet. In dem dichtesten Nebel, der über der Gegend lag, ist ein Zug auf einen Vorzug aufgefahren. Nach Mitteilungen der an den Vergangenen Beteiligten wurden etwa siebzig Fahrgäste unter den Trümmern der zerstörten Wagen begraben und verletzt. Die Verwundeten wurden so schnell wie möglich teils durch Kraftwagen, teils durch einen Sonderzug in die benachbarten Krankenhäuser geschafft. Weitere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Die Splitterparteien.

Der Staatsgerichtshof enttäuscht ihre Hoffnungen.

Ermittelt durch die frühere Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes hatte der völkisch-nationale Block in Gemeinschaft mit der Volkspartei gegen das Land Preußen vor dem Staatsgerichtshof eine Feststellungsklage eingereicht. Die Klage behauptete, daß die Vorschriften des preussischen Wahlgesetzes über die Berechnung der Reststimmen bei der Verhältniswahl verfassungswidrig seien. Die Klage wandte sich vor allem gegen die Bestimmung, daß einem Landeswahlvorschlag höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetenitze zugeteilt werden kann, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen sind. Diese Bestimmung des preussischen Gesetzes stimmt wörtlich mit der Vorschrift des § 32 des Reichswahlgesetzes überein. Das Reichswahlgesetz ist seinerzeit von der verfassunggebenden Nationalversammlung einstimmig angenommen worden. Die Klage der beiden Splitterparteien schloß also die Behauptung in sich, daß das von der Nationalversammlung einstimmig beschlossene Reichsgesetz ebenfalls verfassungswidrig sei, weil es den Grundsatz der Gleichheit der Wahl verleihe.

Der Gedanke, daß im Ernst der Staatsgerichtshof ein Feststellungsverfahren über diese Behauptung einleiten müsse, und noch mehr der Gedanke, daß es in seine Hand gegeben sei, zu entscheiden, ob das einstimmig beschlossene Reichswahlgesetz verfassungswidrig sei oder nicht, ist abturd. Die Tatsache, daß ernstlich verhandelt worden ist, wird durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht aus der Welt geschafft. Der Staatsgerichtshof hat die Klage des völkisch-nationalen Blocks abgewiesen, er hat festgestellt, daß das Reichswahlgesetz verfassungsmäßig ist, und daß demnach auch ein Landeswahlrecht, das sich mit dem verfassungsrechtlich gültigen Reichswahlrecht deckt, nicht verfassungswidrig sein könne.

Dieser Entscheidung ist eine Darlegung des Standpunkts der Kläger und des Landes Preußen in langen Schriftsätzen vorhergegangen, umfangreiche Rechtsgutachten sind erstattet worden, der Staatsgerichtshof hat zwei Tage lang verhandelt — und das Ergebnis ist genau daselbe, das bei einer Entscheidung des gefunden Menschenverstandes herausgekommen wäre.

In Wahrheit handelt es sich bei dieser Klage um einen politischen Versuch, mit juristischen Mitteln die Stellung der gegenwärtigen Regierungskoalition in Preußen zu erschüttern. Es kann nicht bestritten werden, daß dieser Versuch erst unternommen werden konnte, als frühere Urteile des Staatsgerichtshofes in den Splitterparteien den Glauben erweckt hatten, daß hier auch das Unmögliche möglich werden könnte. Es ist an sich schon eine groteske Situation, daß gerade die Splitterpartei, die der Demokratie feindlich gegenübersteht, Klage erhob mit der Behauptung, daß die Demokratie den Grundsatz der politischen Gleichheit verleihe, sie wurde noch grotesker durch die Tatsache, daß ausgerechnet der Staatsgerichtshof in Leipzig darüber entscheiden sollte, ob die auf Grund demokratischen Wahlrechts gewählten Parlamente und ihre demokratisch-republikanischen Mehrheiten die Demokratie mißachtet hätten!

Dieser politische Vorstoß, der zugleich ein Angriff auf das Reichswahlgesetz im Interesse der Splitterparteien war, ist mißlungen. Es sind im wesentlichen drei Punkte, die die Begründung des Urteils des Staatsgerichtshofes feststellt.

Zunächst hält das Urteil den Klägern ein Kolleg über den Begriff der demokratischen Gleichheit:

„Eine starre Bindung des künftigen Wahlgesetzgebers an jeden einzelnen dieser Grundzüge bis zur letzten Konsequenz durchzuführen, kann die Verfassung nicht bezwecken haben. Dies gilt auch von dem Grundsatz der Wahlgleichheit. Auch für die Durchführung dieses Grundgesetzes hat die Reichsverfassung dem Gesetzgeber des Reichswahlgesetzes ein gewisses Maß von Freiheit der Entschliebung übertragen. Dieser Auffassung steht der Begriff der Gleichheit nicht entgegen, denn es handelt sich dabei einmal um keinen logisch-mathematischen Begriff, sondern um einen Rechtsbegriff. Deshalb sind hier Gleichheit und Ungleichheit keine sich ausschließenden Gegensätze, vielmehr sind Abstufungen und Uebergänge möglich und denkbar.“

Zum zweiten verweist es darauf, daß sich das Reichswahlrecht nicht mehr von dem Grundsatz der Gleichheit entfernt, als es der Verfassungsgesetzgeber selbst, der zudem selbst, und zwar einstimmig, das Reichswahlgesetz erlassen habe, für zweckmäßig erachtet habe, und schließlich spricht es den eigentlich selbstverständlichen Satz aus, daß in einem Land nicht

verfassungswidrig sein könnte, was im Reich verfassungsrechtlich gültig ist.

Damit ist die Frage der Spalterparteien ein für allemal geregelt. Es bleibt dabei, daß sie keinen Anspruch auf ein unbeschränkt proportionales Wahlrecht haben. Wohin dieser Anspruch führen kann, hat das Beispiel Leitlands gezeigt, wo es einzellich einschränkende Bestimmungen gegen Spalterparteien gibt. Der leitische Landtag umfaßt 100 Abgeordnete. Zum verfassungsgebenden Landtag kandidierten 57 Parteien, im Jahre 1922 waren es schon 88, im Jahre 1925 bereits 141 Parteien! Die Bildung eines einheitlichen Staatswillens, einer parlamentarischen Regierung wird bei solcher Zersplitterung ungeheuer erschwert.

Das ist es aber gerade, worauf der Kampf der Spalterparteien abzielt! Sie wollen eine parlamentarische Situation, in der eine kleine Spaltergruppe zwischen den sich die Waage haltenden großen Parteigruppen den Ausschlag geben kann, und damit einen Einfluß ausüben, der im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Stärke im Volke steht. Es ging ihnen nicht um die Gleichheit, sondern um die Ungleichheit!

Sakentreu und Volkspartei.

Sachsen und Thüringen.

Die Deutsche Volkspartei nimmt in Sachsen und in Thüringen ein politisches Experiment vor. Sie regiert in Thüringen mit Herrn Fric, in Sachsen ist die von dem Volksparteiler Büniger geführte Landesregierung vom Wohlwollen der Nationalsozialisten abhängig.

In diesem Experiment spielt die Deutsche Volkspartei die Rolle des Ohrigenempfängers — dieselbe Rolle, die in Hugenberg's famosem Reichsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber den Nationalsozialisten zugeordnet war. In Thüringen hat Herr Fric einen rechten Volksparteiler glatt gemahregelt — unter Verletzung bestehender Gesetze. Die Volkspartei hat dazu geschwiegen.

In Sachsen fordern die Nationalsozialisten von Herrn Büniger löbliche Unterwerfung. Sie haben Herrn Büniger die folgenden Bedingungen übermittelt, unter denen sie bereit wären, ihren Mißtrauensantrag zurückzuziehen:

1. Die Regierung verpflichtet sich, sich mindestens der Stimme zu enthalten oder dagegen zu stimmen, falls der Young-Plan zum zweitenmal vor den Reichsrat kommt.
2. Die Regierung verpflichtet sich, sich mindestens der Stimme zu enthalten oder dagegen zu stimmen, wenn das Republikstimmgesetz zum zweitenmal vor dem Reichsrat behandelt wird.
3. Bei allen entscheidenden politischen Fragen wird der interfraktionelle Ausschuss einberufen und berät darüber, was in diesen Fragen zu tun ist. Die Regierung orientiert sich dabei über die Stellung, welche die die Regierung stützenden Parteien in diesen Fragen einnehmen.
4. Bei hochbedeutender Reuberung von Ministern und höheren Regierungsbeamten orientiert die Regierung die sie stützenden Parteien darüber vorher und nicht hinterher.
5. Erklärt sich die Regierung mit den oben genannten Bedingungen einverstanden, so zieht die NSDAP ihren Mißtrauensantrag zurück.
6. Die NSDAP wird ermächtigt, falls die Regierung diese Bedingungen annimmt, eine entsprechende Erklärung im Plenum des Landtags abzugeben.

Da hat die Regierung Büniger ihr Ultimatum! Sie kann sich nun überlegen, ob sie durchs laudinische Loch gehen und nach der Weise des Plauener Spinnfabrikanten Rutschmann tanzen will!

Sie hat dazu nicht lange Frist — heute wird im Sächsischen Landtag abgestimmt — sei es nun über das Mißtrauensvotum der Sakentreu, sei es über das der Kommunisten.

Fric läßt schnüffeln.

Weimar, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Der Erlaß des Ausschusses und Thüringischen Volksbildungsministers Fric über das Buch „Im Westen nichts Neues“ an die thüringische Schulbehörde hat folgenden Wortlaut:

„Aus bestimmtem Anlasse ist baldigt festzustellen und zu berichten: 1. ob und gegebenenfalls in welchen Volksschulen und auf welchen Veranstaltung das Buch Remarques „Im Westen nichts Neues“ für die Schulbücher beschaft worden ist; 2. ob gegebenenfalls und von welchen Beherkräften dieses Buch als Klassenlesestoff oder sonst im Unterricht benutzt worden ist. Jeder einzelne Lehrer muß durch seine Unterschrift bestätigen, ob er das Buch im Unterricht benutzt hat.“

Was bezweckt diese Schnüffelei? Sie läuft darauf hinaus, jeden thüringischen Lehrer, der das Buch von Remarque benutzt hat, zu maßregeln.

Fort von Hugenberg.

Austritt des Kreisvereins Siegen aus der Deutschnationalen Volkspartei. Siegen, 17. Februar.

Der Kreisverein Siegen Stadt und Land der Deutschnationalen Volkspartei beschloß auf seiner gestrigen Jahresversammlung mit großer Mehrheit den Austritt des Kreisvereins aus der Deutschnationalen Volkspartei, da man mit der Politik und den Methoden der Parteiführung nicht einverstanden sein könne. Dem Reichstagsabgeordneten Rumm wurde das Vertrauen ausgesprochen. Die Kreisvereine erklärten ihren Anschluß an den Christlich-Sozialen Volksdienst.

Roggenverständigung.

Ein gemeinsames deutsch-polnisches Roggenindikat.

Am Sonntag sind in Berlin die Verhandlungen über ein deutsch-polnisches Roggenabkommen erfolgreich zu einem vorläufigen Abschluß gebracht worden. Das Abkommen hat die Bildung eines gemeinsamen Roggenexportkartells der beiden Länder zum Ziel, das eine Verschärfung von deutschem und polnischem Roggen besonders in die nordischen Länder und damit die Konkurrenz Deutschlands und Polens auf dem Weltmarkt ausschalten will. Das Abkommen soll bis zum 1. Juli 1930 befristet sein. Einzelheiten über das Abkommen werden nach der wahrscheinlich am Donnerstag erfolgenden Ratifizierung bekanntgegeben werden.

ADGB. und Deckungsfrage.

Keine Verbrauchssteuern ohne Notopfer! — Keine Belastung der Sozialversicherung!

Am 17. Februar trat der Bundesausschuß des ADGB zu seiner fünften Sitzung zusammen. Der zweite Vorsitzende des ADGB, Peter Grafmann, berichtete zu Beginn der Sitzung über das Belinden der Partei. Die Haltung des Oberstufenabdruckes schreitet stetig, wenn auch langsam fort.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Finanz- und Steuerfragen

Sprach der Vertreter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Dr. Hans Krons:

Die Hauptfrage ist: Wie ist die Bilanzierung des Staats zu erreichen? Man könnte an Ausgabenkürzungen denken, an Verwaltungsvereinfachungen usw. Die Ausgaben des Staats ist aber, das zeigt sich immer wieder, sehr unelastisch. Abgesehen davon sind manche geplanten Ausgabenkürzungen, wie zum Beispiel zum Etat des Reichsarbeitsministeriums, unannehmbar. Es kommen ferner Ansehen in Frage. Was die Auslandsanleihen angeht, so ist das Reich durch das Abkommen mit Frankreich vertraglich beschränkt. Der Auslandsmarkt kommt kaum in Betracht. Eine Zwangsanleihe bei der Inwalden- und Angehörigenversicherung dürfte abgelehnt werden. Was bleiben für andere Möglichkeiten? Erschließung einmaliger Einnahmequellen, wie die Reserve der Reichsbank, Steuererhöhungen einzelner Steuerzahlungen. Aber diese und ähnliche Maßnahmen reichen nicht aus, das Defizit zu decken. So bleibt nur die erte Möglichkeit: Steuererhöhungen.

Hinsichtlich des Ertrages verlockend sind die Verbrauchssteuern, zum Beispiel Alkohol- und Tabaksteuern. Gegen diese indirekten Steuern haben die Gewerkschaften wie die Sozialdemokratie vor dem Kriege bekanntlich scharf Stellung genommen. Diese ablehnende Haltung erklärte sich aus dem starken Gegensatz, in dem Gewerkschaften und Sozialdemokratie zu dem Staat der Vorkriegszeit standen.

Wir müssen uns heute entscheiden, ob wir einen Abban der sozialen Leistungen wännen, oder eine Erhöhung der Verbrauchssteuern zugeben wollen.

Im Gegensatz zu früher können wir diese veränderte Haltung zu den Verbrauchssteuern einnehmen, weil wir heute auf die Verwendung der Erträge einen stärkeren Einfluß haben.

Auch die Gewerkschaften würden in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage für eine Senkung der Steuer eintreten, wenn der Stand der Reichskassen eine solche Steuerpolitik auch nur im geringsten erlaube. Die augenblickliche Lage erfordert aber ein besonderes Notopfer, auch von den Arbeitern. Um so weniger kommt ein Steuererhöhen für andere Schichten in Betracht.

Die Industrie muß ihre Sonderbelastung weiter tragen. Die Landwirtschaft kann die seit langem geforderte Hebernahme der Rentenabgabe durch das Reich nicht erhalten.

Die notwendige Steuererhöhung — das gleiche gilt von einer späteren Steuererhöhung — darf das jetzt bestehende Verhältnis von Klassen- und Besitzsteuern nicht verschlechtern. Die Steuerreform darf nicht ausgenutzt werden zu einer Lastenverteilung zumunsten des Besitzes.

Vorsitzender Grafmann erinnerte an den Gedanken, die Angelegenheiten aus der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen. Befürworter denkt man auch daran, nur die in der Landwirtschaft Tätigen aus der Versicherung auszuschalten. Selbstverständlich verachtet man auch noch nicht auf den Plan, eine weitgehende Sonderregelung für die saisonalen Berufe durchzuführen und beruft dabei auf eine Kombination von Versicherung und Zwangspartikale. Diese beiden Vorschläge sind, was die Reise angeht, im einen halben Jahr, in dreizehn Jahren eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, die einer Zersplitterung gleichkäme. Grafmann ging dann auch auf

die schwerwiegenden Bedenken ein, die der Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf dem Wege einer legenden geordneten Gefahrengemeinschaft mit den anderen Versicherungssträgern entgegenstehen.

Als letztes Diskussionsobjekt erscheint der Plan, daß die Angehörigenversicherung 150 Millionen Reichsbanknoten laufen sollte, während mehrere 100 Millionen Mark vom Reich aufzubringen seien, um den Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung zu decken. Auch dieser Plan begegnet schweren Bedenken, denn er schließt, wie seine Vorgänger, die Hauptlast des Reiches in Rollen auf.

Im Anschluß an diese Ausführungen nahm der Vertreter der Sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Franz Spieß, das Wort. Er schilberte zunächst die kretenden und ungedankten der Arbeitslosenunterstützung in der Nachkriegszeit. Er schätzte die zu erwartende Schuldenlast bis Ende März auf etwa 360 bis 370 Millionen Mark. Die Deckung der Mehrausgaben für April und Mai ist aus der ab 1. Januar einsetzenden Erhöhung der Beiträge um 1/2 Prozent zu erwarten. Wenn der bis 30. Juni befristete Beitrag wieder auf 3 Prozent reduziert wird, wird der Etat 1930/31 vermutlich etwa 335 Millionen Mark Unterdanz aufweisen. Bleibt der Beitrag von 3 1/2 Prozent durch das ganze Jahr, so bleibt ein zu deckender Bedarf von 290 Millionen. Ist diese Zahl richtig? Sie beruht auf einer geschätzten Zahl von im Jahresdurchschnitt 1,2 Millionen zu unterstützenden. Die Zahl ist vielleicht zu hoch gegriffen, immerhin ist sie der zuverlässigste Ausgangspunkt. Man versucht nun, diesen unsicheren Posten ganz aus dem Reichsset auszuschalten. Man hat den Eindruck, zu erwecken verstanden: nur die 350 Millionen, die der Reichsanfall fehlen, verursachen das Defizit des Reiches.

Der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung ist ja nicht nur ihr, er gilt der Sozialversicherung überhaupt.

Die Arbeitslosenversicherung ist nur als der jüngste Zweig der Sozialversicherung und nicht selbst aus dem Grunde, daß gerade sie einer müßigen Lohnpolitik der Unternehmer Grenzen zieht, das „bestimmteste“ Angriffsobjekt. Man will ihre „Reform“. Man unterschätzt, was bereits durch die jüngste gesetzliche Reform zugebracht worden ist!

Die Ursachen der Finanzlamie der Reichsanfall sind nicht Wirkstoffe in der Versicherung, sondern die Krise des Arbeitsmarktes. Das muß mit größtem Nachdruck festgehalten werden. Was man will, ist nicht die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern ihre Auflösung und die Senkung der Versicherungsleistungen. Dahin zielen auch Vorschläge, wie die Ausschaltung der Versicherung nach Berufsgruppen, besonders die Trennung von Arbeitern und Angehörigen. An diesem Vorschlag sind die Unternehmer interessiert, aber auch die bürgerlichen Angestelltenorganisationen.

Der Gedanke der Gefahrengemeinschaft aller Versicherungssträger erscheint sehr plausibel, aber er ist geradezu unbedenklich. Abgesehen davon, daß die übrigen Sozialversicherungsträger in Betrachtung gebracht würden, daß dem Wohnungsbau die Mittel weier verknüpft würden, soll eine solche Hebertragung der Darlehenspflicht vom Reich auf die übrigen Versicherungen bewirkt, daß der Gläubiger ein anderer wird. Die Arbeitslosenversicherung soll entpolitisiert werden, mit dem Ziel, die Leistungen herabzudrücken.

Bestimmte Autonomie der Reichsanfall, ohne daß gleichzeitig die Arbeitnehmer in den Organen der Reichsanfall das Hebergewicht erhalten, ist ein Danaergeschenk. Ist eine gegen die Arbeitslosenversicherung gerichtete Maßnahme.

Es würde zu keinem Beschluß mehr kommen. Die verstärkte Selbstverwaltung würde sich gegen die Versicherten richten. Alle in den Besprechungen der letzten Monate entwickelten Pläne haben im Grunde die gleiche Tendenz nämlich, einen unpolitischen Gläubiger an Stelle des politischen Trägers, des Reiches, zu setzen. Indessen, darüber muß man sich klar sein, mit unserer Zustimmung gibt es keine Entpolitisierung der Arbeitslosenversicherung. Sie müßte gegen unsere Willen durchgesetzt werden.

Wir haben eine Erhöhung der Beiträge von 3 1/2 auf 4 Proz. vorgeschlagen. Hätten wir diese Erhöhung schon unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes, schon 1927 durchgeführt, so würde die Reichsanfall in keine nennenswerten Schwierigkeiten geraten sein. Will man aber diese Erhöhung nicht bewilligen, so muß es dabei sehr Bedenken haben, daß das Reich der Schuldner bleibt.

Der Staat, d. h. das Reich, hat in kritischen Zeiten für die Arbeitslosen zu sorgen und kann aus dieser Haftung nicht entlassen werden. Jede Verbindung der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Zweige der Sozialversicherung muß abgelehnt werden, ebenso die besondere Heranziehung der Beamten. Es gibt nur eine Lösung. Die Notzeit des Reiches fordert ein allgemeines Notopfer der Mehrverdiener, sie fordert es im Interesse der Arbeitslosen, sie fordert es in gleichem Maße für die Gesundung der Finanzen des Reiches. Dann, und nur dann können die Gewerkschaften auch zu den Verbrauchssteuern eine andere Stellung einnehmen. Das muß der Reichsregierung, das muß dem Reichstag von dieser Stelle aus ganz entschieden gelagt werden.

Weiter vom Bundesvorstand sprach dann als letzter Redner in der Vormittagssitzung über

die schwere Belastung der Invalidenversicherung.

Die Zahl der Renten steigt fortgesetzt, noch stärker aber steigt die Belastung aus diesen Renten. 1924 hatten wir etwas über zwei Millionen Renten, 1928 waren sie auf über 2,9 Millionen angewachsen, 1924 betrug die Belastung aus den Renten 350 Millionen, 1928 war sie auf 982 Millionen, also fast auf eine Milliarde angewachsen. Aus den Beiträgen wurden 1924 gedeckt: 250 Millionen; 1928 aber 660 Millionen. Aus Reichsmitteln wurden zu diesen Renten gezahlt vor dem Kriege 58, 1924: 95, 1928: 195 Millionen Mark (Reichszuschüsse zum Grundbetrag). Dazu kamen seit 1927 Reichsbeiträge, d. h. die Aufwertung der alten Beiträge aus Reichsmitteln; im Jahre 1927 25 Millionen Mark; 1928: 125 Millionen; 1929: 186 Millionen. Die letzten Beiträge wurden in Höhe von 184 Millionen Mark in Papieren gegeben, die erst 1935 einlösbar sind. Diese Beträge mußten aber von der Invalidenversicherung an die Versicherten in bar gezahlt werden. Das hat zur Folge, daß sich aus den Versicherungsplänen, die bis 1929 eingenommen waren im Jahre 1929, auch im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, sehr viel geringer als geschätzt worden war.

Der erwartete Heberhöhen von 355 Millionen ist tatsächlich auf 110 Millionen im laufenden Jahr reduziert worden.

Die Belastung der Invalidenversicherung ist und zwar durch Aufwertung von Renten, um 80 Millionen gewachsen. Diese Belastung ist eine dauernde.

Die Landesversicherungen haben im letzten Jahr noch 110 Millionen Mark Ueberschüsse gehabt. Aber auf solche Summen ist künftig nicht zu rechnen.

Es ist daher schon sehr wahrscheinlich, daß die Invalidenversicherung Heberhöhen in der Form von Beiträgen wie die geplanten 100 Millionen der Reichsanfall zur Verfügung zu stellen.

Der Plan der Gefahrengemeinschaft scheint in der Verfertigung der Schwanden zu sein. Dafür denkt man an Zwangsanleihen.

In der Diskussion wurden die Schwierigkeiten herausgehoben, die die Änderungen im politisch-parlamentarischen Leben der jüngsten Zeit den Gewerkschaften bereitet haben. Gesichtspunkte der Bauwirtschaft stehen bei der Beurteilung der Lage im Vordergrund.

Dom Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

wurde geltend gemacht, daß die politische Entwicklung der letzten zwei Jahre zwangsläufig gewesen ist. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Finanzen hat Partei und Gewerkschaften gleichmäßig an der Entloftung ihrer Kräfte geschädigt. Die Fraktion hat rechtzeitig auf den Irrtum, daß die Finanzlage des Reiches Steuerermäßigungen gestatte, hingewiesen. Bei der Beurteilung der gegenwärtig zu lösenden finanzpolitischen Aufgaben muß von der Lasten ausgegangen werden, daß zur Sanierung des Haushaltes ein Betrag von 700 Millionen Mark erforderlich ist. Partei wie Gewerkschaften müssen sich auf den Standpunkt stellen, daß die Sanierung unter allen Umständen stattfinden muß. Eine ideale Lösung wird es nicht geben.

Erforderlich ist jedoch unbedingt die absolute Sicherung der sozialpolitischen Verpflichtungen des Reiches.

Die verschiedenen Pläne, die diesen Zweck erreichen wollen, ohne auf Steuern zu zurückzugreifen, sind eine Bedrohung der Arbeitslosenversicherung. Gegen jede Form der Aufwendung von Mitteln anderer Versicherungssträger für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ist einzunehmen, daß dadurch der Bauwirtschaft Mittel entzogen werden. Darum müssen Garantien geschaffen werden, daß jeder Verlust der durch diese Maßnahmen für den Baurecht entsteht, ausgeglichen werde durch eine Belastung der Kapitalerträge.

Im übrigen bleibt die Tatsache bestehen, daß 700 Millionen Mark durch neue Steuern aufgebracht werden müssen. Der Gedanke eines Notopfers als Zuschlag zur Einkommensteuer sei erwägenwert, jedoch werde sich nicht der volle Betrag von 750 Millionen Mark einbringen lassen. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer würde eine starke dauernde Belastung der Massen bedeuten. Ne nicht zu billigen wäre. Wenn man die Wahl hat zwischen dieser Steuer und der Biersteuer, so müsse man sich für die letztere entscheiden.

Die Diskussion wird am Dienstag fortgesetzt.

Die Besprechungen der Finanzsachverständigen

Die für Montag vorgesehene Besprechung der sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien hat wegen der Teilnahme der sozialdemokratischen Unterhändler an der Bundesauswahlprüfung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht stattfinden können. Sie wurde auf Dienstag 12 Uhr vertagt.

In der Sitzung der Finanzsachverständigen erstattete Reichsfinanzminister Dr. Rosenhauer einen kurzen Bericht über die am Freitag und Sonnabend der vergangenen Woche stattgefundenen Besprechungen mit den Finanzministern der Länder. Die nächste Sitzung der Finanzsachverständigen soll am Dienstag 9 Uhr stattfinden.

Die Jasserbürger Staatsanwaltschaft ist mit dem Urteil im Reichstags-Prozess nicht zufrieden: BZB. hört aus sicherer Quelle, daß die Staatsanwaltschaft vorzüglich Revision einlegt.

Reichstag verschoben.

Nächste Reichstagsitzung verzögert sich.

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Reichstags Abg. Heilmann (Sag.) unterbreitete am Montag abend dem Reichstagspräsidenten Böbe den Wunsch der die Young-Gesetze beratenden vereinigten Ausschüsse, ihnen noch einige Tage Zeit zu lassen und die nächste Reichstagsitzung noch nicht am Mittwoch stattfinden zu lassen. Präsident Böbe entschloß sich daraufhin, die Plenarsitzung für Mittwoch abzusagen. Am Dienstag vormittag wird der Vorkonferenz des Reichstags über einen neuen Termin für die nächste Vollversammlung des Reichstags Beschluß fassen. In Betracht kommen der nächste Freitag oder gar erst der Montag der nächsten Woche.

Die vertrauliche Beratung der Ausschüsse.

Der Auswärtige Ausschuss und der Haushaltsausschuss des Reichstags legten am Montag die Beratung der Young-Gesetze fort. Auf Antrag des Abg. Brüning (Z) wurde gegen eine Stimme beschlossen, die Verhandlungen vertraulich zu führen.

Der Ausschuss führte die Besprechung über die Fragen Maratorium und Schutzklausel noch nicht zu Ende. Die vertrauliche Aussprache über diesen Fragenkomplex wird daher am Dienstag fortgesetzt. Ein wiederholter deutschnationaler Antrag auf Hinzuziehung des Reichsbankpräsidenten Schacht wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Kommunist Weber wird nicht bestätigt.

Solinger Stadtverordnete beim Regierungspräsidenten.

Sollingen, 17. Februar.

In der Besprechung der Fraktionsführer der Stadtverordnete beim Regierungspräsidenten über den Fehlbetrag im Solinger Etat und über die Oberbürgermeisterfrage erklärte der Regierungspräsident, er müsse im Namen des preussischen Innenministers, auf dessen Initiative der Zusammenschluß der fünf Gemeinden erfolgt sei, eine ordnungsgemäße Regelung der Finanzfrage verlangen. Der vorhandene Fehlbetrag von 1,6 Millionen Mark, der übrigens inzwischen auf 1,8 Millionen Mark gestiegen ist, müsse entweder durch eine Anleihe oder durch Beschaffung eines Kredits mit Erhebung einer Nachtragsumlage von mindestens einer Million Mark gedeckt werden. (Die Stadtverordneten hatten jegliche Nachtragsumlage abgelehnt.) Der Restbetrag könne auf das Rechnungsjahr 1930 übernommen werden. Spätestens in 14 Tagen ermarke er einen endgültigen Beschluß.

Zur Frage der Oberbürgermeisterwahl gab der Regierungspräsident die Erklärung ab, daß gemäß dem allgemeinen Ministerialerlaß vom 4. Februar 1930 der kommunistische Stadtverordnete Weber keinesfalls als Oberbürgermeister bestätigt würde. Die Regierung empfehle der Stadt im eigenen Interesse eine sofortige Neuwahl. Sollte diese Wahl wiederum das Ergebnis der ersten haben, so sehe sich der Minister gezwungen, von sich aus eine mit den Solinger Verhältnissen in keinem Zusammenhang stehende auswärtige Persönlichkeit als Oberbürgermeister für zwölf Jahre einzusetzen. Der Regierungspräsident bezeichnete jedoch diese Maßnahme als nicht geeignet, den Kredit und das Ansehen der Stadt Sollingen zu fördern.

Nachspiel zum Opel-Putsch.

Erst freigelassen — dann wieder verhaftet.

Darmstadt, 17. Februar.

Die entlich der Unruhen bei den Opel-Werken vorläufig festgenommenen Personen wurden wieder freigelassen werden, da das zuständige Landesgericht den Erlaß eines Haftbefehls abgelehnt hat. Auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat die Strafkammer indessen den Beschluß des Amtsgerichts aufgehoben und gegen vier Beteiligte einen Haftbefehl erlassen. Drei von diesen sind auch bereits wieder festgenommen. Die beiden kommunistischen Bundtagsabgeordneten Gumpf und Müller bleiben vorläufig auf freiem Fuß, da sie nur mit Genehmigung ihrer zuständigen Bundtage wieder verhaftet werden können.

Macdonald verläßt ZEP.

Infolge der Quertreibungen der Ragion-Gruppe.

London, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Macdonald, einer der Schöpfer der britischen unabhängigen Arbeiterpartei und ihr langjähriger Vorsitzender, hat dem Beispiel Snowdens Folge geleistet und seine Mitgliedschaft in der unabhängigen Arbeiterpartei (U.A.P.) niedergelegt.

Der Austritt erfolgte anlässlich der fälligen Erneuerung seiner Mitgliedskarte, worauf Macdonald darauf verzichtete, seine Gründe für diesen Schritt ausdrücklich anzuführen. Es kann jedoch kein Zweifel darüber herrschen, daß die oppositionelle Haltung, die der gegenwärtige Vorsitzende der U.A.P., Ragion, und seine engeren Freunde im Parlament gegen die Regierung eingenommen haben, den unmittelbaren Anlaß zu Macdonalds Austritt bildete. Noch vor wenigen Tagen hat die von Ragion geführte schottische Erdbaugruppe im Unterhaus gegen die Regierung gestimmt. Von diesem jüngsten Ereignis abgesehen, waren jedoch die Beziehungen zwischen Macdonald und der U.A.P. bereits seit längerer Zeit recht lose geworden.

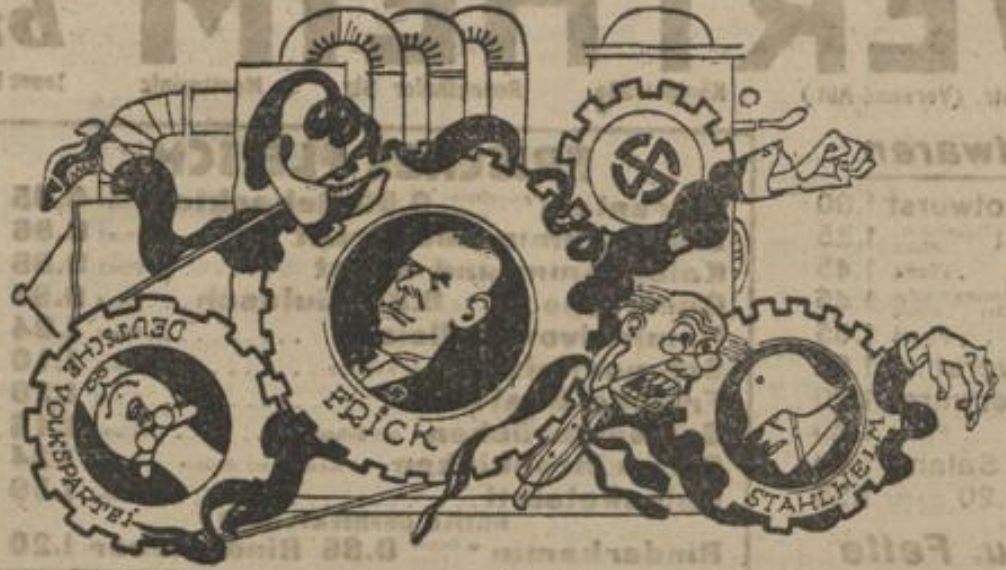
Wildgans Direktor des Burgtheaters.

Dr. Wildgans ist vom Ministerialrat zum Burgtheaterdirektor ernannt worden. Ueber einzelne Punkte des Vertrages wird noch verhandelt. Wildgans soll für seine jetzt zweite Burgtheaterdirektion in dem Bestreben, die Ergebnisse seiner ersten Direktionsführung zu vermeiden, bestimmte Forderungen gestellt haben.

Die Beilegung der Mache Paul Levis hat auf dem Waldfriedhof Berlin-Stohndorf stattgefunden. Seine Verwandten bitten uns, ihren Dank für die große und herzliche Teilnahme an seinem Tode seinen Freunden zu übermitteln.

Schlumpf-Straker. Wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident wegen eines beschimpfenden Artikels in der „Berliner Arbeiter-Zeitung“ gegen den Reichstagsabgeordneten Gregor Straker Antrag wegen Beleidigung gestellt.

Fried-tionen in der Thüringer Regierungsmaschine.



Ein Studiendirektor geriet zwischen die Räder und droht die Regierungsmaschine zum Stillstand zu bringen.

Ernstste Lage in London.

Man droht mit Aufrüstung. — Heranziehung Deutschlands?

London, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Erst langsam beginnt die britische Öffentlichkeit, die das französische Memorandum mit merkwürdiger Gleichgültigkeit zur Kenntnis genommen hatte, die Konsequenzen zu verstehen, die sich für den Erfolg der Flottenkonferenz aus den französischen Forderungen ergeben. Hierzu haben die

sehr pessimistischen Meldungen

beitragen, die im Laufe des Montag aus dem Konferenzgebäude durchgeflutet sind.

Es kann kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß in Konferenzkreisen die Situation als äußerst ernst beurteilt wird und man bereits von der notwendigen Revision der Flottenansprüche der übrigen Regierungen nach oben spricht, falls die Franzosen ihre Forderungen nicht noch unten reduzieren. Dies ging u. a. unzweifelhaft aus den Feststellungen hervor, die auf der englischen Pressekonferenz am Montag nachmittag gemacht wurden. Hier wurde darauf hingewiesen, daß

1. England und Amerika bereits mit der Frage einer Erhöhung ihrer Tonnageforderungen für den Fall beschäftigt seien, daß Frankreich nicht einlenkt.
2. daß Großbritannien unter diesen Umständen sich wohl kaum mit 50 Kreuzern begnügen würde, und daß
3. das von Rochonot und Präsident Hoover festgesetzte Verhältnis zwischen der amerikanischen und der englischen Flotte unhaltbar werden könnte.

Die Frage der Untermauerung der Konferenzbeschlüsse durch ein politisches Abkommen steht noch wie vor im Mittelpunkt in-

offizieller Besprechungen. Wie aus guter Quelle verlautet, haben die Engländer und Amerikaner Tardeu unmißverständlich wissen lassen, daß vom Abschluß eines Mittelmeer-Locarno, das von den Franzosen geplant werde, keine Rede sein könne, daß jedoch die Türe für sonstige Besprechungen über ein politisches Abkommen nicht verschlossen sei. Es ist im übrigen unverkennbar, daß von gewissen Seiten darauf hingearbeitet wird, Deutschland an den Konferenztisch zu bringen und die

Schwierigkeiten auf den Rücken Deutschlands abzutragen.

Soweit sich im Augenblick feststellen läßt, steht die britische Regierung diesen Versuchen, die merkwürdigerweise Unterstützung in liberalen Kreisen finden, völlig unbeteiligt gegenüber. Die britische Delegation zeigt wenigstens bisher keinerlei Neigung, einer Herabsetzung der Flottenkonferenz über die sogenannten Washington-Mächte hinaus, zuzustimmen, schon deshalb nicht, weil man sich klar darüber ist, daß man bei Deutschland nicht haltmachen könnte und alle übrigen Seemächte mit einbezogen müßte.

Leon Blums Kritik an der französischen Haltung.

Paris, 17. Februar. (Eigenbericht.)

Im „Populaire“ schreibt Genosse Léon Blum: Was das Kernproblem der Konferenz betrifft: die Frage, ob es ihr gelingen werde, einer wirklichen Aufrüstung die Wege zu bahnen, die sich zunächst in einer Reduktion der Flottenhauprogramme ausdrücken müßte, könne man lediglich feststellen, daß das von Frankreich verlangte Minimalprogramm von 725 000 Tonnas bis zum Jahre 1936 eine Erhöhung von über 150 000 Tonnas gegenüber der gegenwärtigen Stärke der französischen Flotte bedeutet.

Angriff auf die Sozialpolitik.

Moldenhauers Finanzpläne.

In der Besprechung zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und den Finanzministern der Länder haben sich die Ländervertreter mit Ausnahme von Bayern gegen die beabsichtigte Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/4 Prozent ausgesprochen. Man wird diese Stellung der Länder um so bedeutsamer einschätzen müssen, als sie an steigenden Erträgen der Umsatzsteuer interessiert sind. Ihre Ablehnung der Erhöhung der Umsatzsteuer ist also ein beachtlicher Hinweis auf die mit ihr verbundenen wirtschaftlichen Gefahren.

Auch innerhalb der Regierungsparteien wächst der Widerstand gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer. In der Sozialdemokratie hat man der Erhöhung der Umsatzsteuer wegen ihrer wirtschaftschädlichen Wirkung immer ablehnend gegenübergestanden. Jetzt scheint aber auch im Zentrum eine ähnliche Stimmung vorherrschend zu sein. Man fürchtet dort, daß eine Deckung des Fehlbetrages des Reiches allein durch eine Erhöhung der Biersteuer und der Umsatzsteuer als einseitig angesehen wird, eine Preissteigerung auslöst und zu neuen Lohnbewegungen Anlaß geben wird. Daher hält man die Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/4 Prozent für politisch nicht vertretbar. Die von manchen Seiten vorgeschlagene Befristung der Umsatzsteuererhöhung auf ein Jahr ist kein gangbarer Ausweg. Die Erhöhung der Umsatzsteuer rufe die Preissteigerung hervor, die durch eine Ermäßigung der Steuer aber nicht beseitigt werde. Auch die befristete Erhöhung der Umsatzsteuer sei deshalb eine dauernde Belastung der Konsumenten und wirke wirtschaftschädlich.

An Stelle der Umsatzsteuer gewinnt deshalb der Vorschlag eines einmaligen

Notopfers, aufgebaut auf der Einkommensteuer.

wachsende Bedeutung. Neuerdings findet dieser Vorschlag nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch im Zentrum starke Befürworter. Man geht dabei von der Erwägung aus, daß eine neue Steuerbelastung, die auf dem Einkommen aufgebaut ist, gegenüber der Umsatzsteuer zwei entscheidende Vorteile habe. Der erste Vorteil ist in der Abwälzung der Steuerbelastung an die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers zu erblicken. Die Einkommensteuer wird vom Reineinkommen bezahlt. Hat jemand kein Reineinkommen erzielt, so kann er auch nicht zur Steuer herangezogen werden. Je höher aber das Reineinkommen ist, um so höher ist die Steuerbelastung. Ruft man also schon neue Steuern erheben, dann ist die Einkommensteuer nicht nur gegenüber der Umsatzsteuer

sozialer und gerechter, sondern sie ist auch wirtschaftlich weniger schädlich und in einem gewissen Ausmaß als Ausgleich für die Erhöhung der Verbrauchsteuern anzusehen. Der zweite Vorteil ist darin zu erblicken, daß das Notopfer für die Einkommensteuer ohne Schwierigkeiten auf ein Jahr befristet werden kann, während die Umsatzsteuererhöhung eine dauernde Belastung darstellen würde.

Gegen den Vorschlag der zeitweiligen Erhöhung der Einkommensteuer, der durch das Zentrum im Reichskabinett vertreten werden dürfte, wendet sich aber der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Bei der Begründung seiner Deckungsvorschläge hat er sich sehr entschieden gegen jede Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuer erklärt. Daher dürfte eine Mehrheit für diesen Deckungsvorschlag schon im Reichskabinett sehr schwer zu gewinnen sein.

Ebenso groß sind die Meinungsverschiedenheiten über eine Reihe von Staatssachen, die die Sozialpolitik betreffen. Dr. Moldenhauer hat die Absicht, die

Listen für die Wochenhilfe.

die das Reich seit mehr als zehn Jahren trägt, auf die Kronrentenlisten zu überwälzen und nur für leistungsschwache Klassen einen Zuschuß von 5 Millionen vorzusehen. Dadurch würde das Reich 24 Millionen ersparen. Weitere 20 Millionen sollen erspart werden an dem 40. Millionen-Zuschuß des Reiches an die Invalidenversicherung zum Zwecke der Förderung der Gesundheitspflege. Auch die Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge in Höhe von 55 Millionen sollen aus dem Etat entzerrn werden, wenn es gelingt, für diese Zwecke Anleihen aufzunehmen, aus denen höhere Mittel für die Arbeitsbeschaffung gewonnen werden können.

Unter diesen Umständen kommt den Beratungen des Reichskabinetts über den Etat 1930, die am Montag abend begonnen haben, eine entscheidende Bedeutung zu. Wenn sich neben den Sozialdemokraten auch die Vertreter des Zentrums im Reichskabinett gegen die Moldenhauerschen Steuerpläne und die von ihm beschlossene Beschneidung des Sozial Etats erklären, dann werden trotzdem immer noch viele Meinungsverschiedenheiten bestehen. Erklärt sich aber auch das Zentrum gegen eine einseitige Erhöhung der Verbrauchssteuern und für die Erhebung eines Notopfers bei der Einkommensteuer, dann wäre doch wenigstens der Ausweg sichtbar, der unter Umständen zu einer Verständigung führen könnte.

Im Zeichen der Not!

Berlins Haushaltsplan für 1930-31.

Der Magistrat hat zwar seine Beratungen über den Etat des Jahres 1930/31 noch nicht beendet, aber es ist doch bereits ein Ueberblick möglich, unter welchen Voraussetzungen das Gleichgewicht im Haushalt wieder hergestellt werden können. Wenn man von den Zahlen des Haushaltes 1929 ausgeht und zunächst nur die laufenden Ausgaben in Betracht zieht, so ergeben sich nach einer Darstellung des Städtischen Haushaltsamtes im wesentlichen die folgenden Veränderungen.

Die Ausgaben Seite ist mit dem Gesamtbetrag des Jahres 1929 in Höhe von 38 Millionen Mark vorbelastet, zu denen noch 3 Millionen Mindereinnahmen bei der Kammerabgabe der Gewerke treten. Auch in dem kommenden Haushaltsjahr wird die Kammerabgabe der Gewerke um 6,3 Millionen hinter dem Ansatz für 1929 zurückbleiben. Die Kammerabgabe der Betriebsgesellschaften muß auf Grund der Erfahrungen des Vorjahres um 20 Millionen gekürzt werden. Ungünstige Veränderungen gegenüber dem Vorjahre ergeben sich weiterhin infolge des Oberverwaltungsgerichtsurteils betreffend Herabsetzung des Straßenreinigungsbetrages von 95 auf 75 Prozent (minus 3,7 Millionen), durch das neue Polizeilastengesetz (minus 7 Millionen) sowie durch den Mehrbedarf bei dem Unterstützungswesen und der Jugendwohlfahrt (34,6 Millionen). Wahrscheinlich wird auch eine Erhöhung der allgemeinen Verwaltungskosten um 3 Millionen nicht zu vermeiden sein.

Alles in allem ergibt sich hieraus eine Verschlechterung des Haushaltes durch Mehrausgaben oder Mindereinnahmen um 115,6 Millionen.

Die Sparmaßnahmen im laufenden Haushalt bringen gegenüber diesen Kürzungen nur geringfügige Erleichterungen. Der Magistrat rechnet damit, bei den Vorbehaltsmitteln 1,6 Millionen, bei der laufenden Unterhaltung 0,7 Millionen, im Schulwesen 3,6 Millionen, bei der Park- und Gartenverwaltung 1,2 Millionen, beim Gesundheitswesen 1,2 Millionen und bei der Jugendwohlfahrt 0,6 Millionen einsparen zu können. Nimmt man die Mehreinnahmen an Steuern, die sich im nächsten Jahre ohne Steuererhöhung schätzungsweise ergeben werden, mit 3,6 Millionen

hinzu, und rechnet man weiterhin, daß sich die allgemeine Erhöhung der Gebühren mit 10,5 Millionen auswirken wird, so erhält man eine Gesamterleichterung des Haushaltes gegenüber dem Vorjahre von 23 Millionen. Es bleiben also im kommenden Jahre neu zu decken allein für die laufenden Ausgaben 92,3 Millionen.

Da eine weitere Verminderung der Ausgaben nicht möglich erscheint, schlägt der Magistrat dieselben Steuererhöhungen vor, die er bereits zur Deckung des Haushaltsplans vorgeschlagen hatte. Die Erhöhung der Grundvermögenssteuer auf 300 Proz. wird 44 Millionen, die Erhöhung der Gewerbesteuer auf 500 Proz. 18 Millionen, die Erhöhung der Lohnsummensteuer auf 1150 Proz. weitere 5,2 Millionen, insgesamt werden sich also 67,2 Millionen ergeben. Auch dann bleibt bei den laufenden Ausgaben noch ein ungedecktes Defizit von über 25 Millionen. Für die einmaligen Ausgaben (Bau von Schulen usw.) waren im Haushaltsplan 1929 rund 50 Millionen eingestellt.

Infolge des Defizits bei der laufenden Verwaltung würden also in diesem Jahre hier nur 25 Millionen eingestellt werden können, aber selbst diese Summe ist durch die Vorbelastung bereits voll in Anspruch genommen, ja sogar überschritten; denn es sind an einmaligen Ausgaben im neuen Haushalt der Kredit der Staatsrenten mit 8 Millionen und der Elektrizität in Höhe von 12 Millionen abzudecken, und es sind vertragliche Leistungen, die sonst aus der außerordentlichen Verwaltung zu bestreiten wären (Grundstückkäufe, Dauerwald, Reichsbahn) mit 14 Millionen diesmal in den ordentlichen Haushalt einzufügen, weil Anleiheemittel nicht zu erwarten sind.

Die vorstehenden Zahlen, die natürlich nur eine ganz überschlägliche Berechnung darstellen, sich im einzelnen noch mannigfaltig verschoben werden, insgesamt aber ein bereits jetzt feststehendes, zureichendes Bild ergeben, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, daß die Einkürzungen in der laufenden Verwaltung in dem bisherigen Maße unter allen Umständen bestehen müssen, daß die einmaligen Ausgaben auf ein bisher noch nicht gekanntes Mindestmaß herabgedrückt werden müssen und daß das Gleichgewicht im Haushalt ohne Schaffung neuer Einnahmequellen überhaupt nicht herzustellen ist.

Beamtenbank wird aufgelöst.

Der Vergleichsvorschlag angenommen.

Nachdem in der gestrigen Kleinen-Gläubigerversammlung der Bank für Deutsche Beamte die Vertrauensleute ihre Berichte erstattet hatten, wurde von den Gläubigern über den vorgeschlagenen Vergleichsvorschlag erregt debattiert. Schließlich wurde der Vergleich, über dessen Inhalt wir schon berichteten, angenommen. Der erforderliche Prozentsatz von 50 Prozent der Forderungen und 75 Prozent des Kapitals wurde meistlich überschritten.

Die Gläubiger haben sich in fünf Sachgruppen zu sammengeschlossen. Diese Sachgruppen hatten auch in den Vorberhandlungen Vorschläge für die Befreiung der Liquidationsausfälle gemacht, die selbsthaften Widerspruch fanden. Immer wieder wurden Währungsanordnungen vorgeschlagen, die aber keine Berücksichtigung mehr fanden. Ein großer Teil der Redner plädierte für Ablehnung der Vergleiche. Aus der Versammlung wurde auch die Annullierung der Gerichte gegen die Beschlüsse der Bank verlangt. Ein Gläubiger gab den anwesenden Beamten zu verstehen, daß sie selbst auch Schuld an dem Zusammenbruch der Bank trügen. Sie hätten zugehört, daß durch die Bank große Buchergeschäfte getätigt wurden. So wurden für ein

Darlehen in Höhe von 2500 Mark auf zwei Monate 17 1/2 Prozent Zinsen verlangt. Von einem Redner wurde verlangt, die Beschlüsse sollten regreßpflichtig gemacht werden. Sie hätten auf bargeldlosen Zahlungswert geachtet und den Beamten empfohlen, ihre Gehälter auf die Bank überweisen zu lassen.

Um 13 Uhr wurde die Debatte beendet und die gesamten Vorstellungen der Gläubiger herangezogen. In acht großen Büchern sind die Gläubiger verzeichnet. In vier roten Büchern die Gesamtschulden und vier grünen die reinen Gläubiger. Am Anschluß an die Sitzung trat eine Debatte ein, um die Auszahlung vorzunehmen. Um 16 Uhr wurde das Resultat verkündet. Eine klare Mehrheit hat für den Vergleich gestimmt.

Bölkische schänden Synagoge.

Das ganze Haus mit Hakenkreuzen beschriftet.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde die Synagoge Kottbuser Tor von bisher unbekanntem Tätern in einer Weise besudelt, wie es bisher weder in Berlin, noch irgendwo im ganzen Reich der Fall war. Zwanzig Hakenkreuze in Höhe von einem Meter bedeckten die ganze Front des Hauses und seine Türen. Ueber die ganze Breite

Alexio Azevedo

Ein brasilianisches Mietshaus

Rita kümmerte sich unermüdet um den Kranken. Sie stürzte fort, um Medizin und Bandagen zu holen, diente dem Doktor als Assistentin und fungierte als Pflegerin des Opfers. Viele von den anderen besuchten Jeronymo, um ihre Sympathie und ihr Interesse zu bekunden, aber Rita beharrte auf es, die keine Sekunde von seiner Seite wich, nachdem der Doktor gegangen war. Piedad's Zustand gestattete ihr wenig mehr zu tun als zu weinen und die Hände zu ringen. Die Mutantin weinte nicht, obgleich ihr Gesicht tiefen Kummer ausdrückte. Sie wurde sich allmählich klar, daß ihr dieser große, so freundliche und gütige Mann, dieser harmlose Kiese, sehr teuer war. Es wurde ihr warm ums Herz, als sie daran dachte, daß dieser stille Herkules, der Firma mit einem Schloß hätte töten können, um ihren Willen fast sein Leben gelassen hätte. Ihre weibliche Natur war von diesem blutigen Beweis seiner Ergebenheit vollständig gefangen und sie war tief gerührt, als sie ihn trotz seiner Schmerzen lächeln sah, weil er sich über das Unglück freute, das ihm ermöglichte, ihre Hand auf seiner Stirn zu fühlen. Ohne ein Wort zu sprechen, jagte er mit seinen berechneten Augen und dem zärtlichen Druck seiner Finger wieder und wieder, daß er sie liebte. Und Rita erwiderte diese stillen Liebesbeweise ohne den geringsten Strupel, glättete sein wirres Haar und kam all seinen Wünschen zuvor. Selbst hier vor seiner Frau verlor sie nicht ihre Liebe zu verbergen und gewährte ihm jede Art von Zärtlichkeit, bis auf einen Auf.

Von Mitternacht an blieben nur noch Rita und Piedad bei dem Kranken. Man hatte beschlossen, ihn morgens ins Krankenhaus der Bruderschaft von Santo Antonio zu schaffen, denn Jeronymo war Mitglied dieses Ordens. Daher wurde Jeronymo am folgenden Tag (während ein Teil der Hausbewohner Joao Romao auf das Polizeirevier begleitete und die übrigen wie emsige Bienen arbeiteten, um ihre zerstörten Häuser wieder bewohnbar zu machen), begleitet von der Frau, die er geheiratet hatte, und der Frau, die er liebte, im Krankenwagen ins Hospital transportiert.

Die beiden kehrten erst bei Anbruch der Dunkelheit ermüdet heim. Eigentlich war das ganze Haus in demselben er-

schöpften Zustand. Tagsüber hatten sie fieberhaft gearbeitet; die Tagelöhner hatten den Frauen geholfen Wasser zu pumpen, und Wannen, Fässer, so sogar Kannen und Konservenbüchsen hatten als Pumpen dienen müssen. Aber trotz Müdigkeit und harter Arbeit stockte die Unterhaltung nicht. Der Kampf vom Abend zuvor wurde hin und her besprochen. Manche hielten sich bei der Robheit der Polizei auf, andere rühmten überhätlich Einzelheiten ihrer Verteidigung. Alle hatten sie entweder an ihrem Eigentum oder an ihrer Person Schaden gelitten und prahlten empört mit ihren beschädigten Möbeln oder ihren Wunden.

Über um neun Uhr war keine Menschenseele mehr auf dem Hof, die abgepressten Hausbewohner hatten sich zur wohlverdienten Ruhe zurückgezogen. Selbst die „Benda“ schlief früher als gewöhnlich, und Bertoleja fiel wie ein Sack auf ihr Bett. Joao Romao legte sich neben sie, fand aber keinen Schlaf. Er fröstelte und hatte Kopfschmerzen. Also wachte er seine Gefährtin auf und bat sie unter Schöhnen, ihm etwas zum Schwitzen zu geben, denn er hätte bestimmt Fieber.

Die Regerin legte sich erst nach vielen Stunden zur Ruhe, als sie die Sachen des Budikers gewechselt hatte und er eingeschlafen war. Aber ihre Rast war nur von kurzer Dauer. Bald war es Zeit für sie, aufzustehen. Feuer anzukünden, Wasser für den Frühstück der Tagelöhner anzufüllen, Manoel zum Fischmarkt zu schicken, die hundertertei Obstgehäusen zu besorgen, die sie täglich erledigte, und sich obendrein noch um das zu kümmern, was sonst zu Joao Romaos Pflichten gehörte. Keinen Augenblick aber vergaß sie den tranken Gefährten ihrer Freuden und Leiden, ging auf seinen Sohlen und machte so wenig Börm als möglich, um ihn nicht aufzuwecken.

Draußen begann das Leben des Hauses mit Tagesanbruch von neuem, und der endlose Kampf wurde da wieder aufgenommen, wo er am Abend zuvor abgebrochen worden war. Nach der nächtlichen Ruhe waren alle wieder in besserer Laune.

Bombinha jedoch erwachte an diesem Morgen bedrückt und nervös und hatte keine Lust, aufzustehen. Sie bat ihre Mutter um Kaffee, trank ihn und ließ sich wieder in die Kissen sinken.

„Rühst du dich heute nicht wohl, mein Kind?“ fragte Dona Isabel und legte ihre Hand auf des Mädchens Stirn. „Fieber scheint du nicht zu haben.“

„Nein, ich bin nur ein bißchen schwach, aber es wird schon vergehen. Gleich bin ich wieder ganz wohl.“

der Fassade erstreckten sich die Worte: „Juda verredet! Judas den Tod! Die Rache nah!“ Die Empörung über das Bubenstück ist eine allgemeine. Keiner geht vorüber, ohne seiner Entrüstung über die Tat laut Ausdruck zu geben. Es ist zu hoffen, daß die Täter bald gefaßt werden.

Bei der Eissfischerei ertrunken.

Neun Todesopfer.

Memel, 17. Februar.

Auf dem Plateliaj-See, etwa 30 Kilometer von Utausch-Krottingen entfernt, hat sich gestern ein schweres Unglück ereignet. Am frühen Morgen war eine größere Anzahl Fischer aus Plateliaj und der Umgebung mit Schlitzen auf den vereisten See hinausgefahren, um dort zu fischen. Gegen 5 Uhr nachmittags kehrten zwei aneinandergebundene Schlitzen, die von einem Pferd gezogen wurden, über das Eis zurück. Auf den beiden Schlitzen befanden sich insgesamt 20 Personen. In der Mitte des Sees brach der erste Schlitzen ein und rief den zweiten mit sich in die Tiefe. Mit großer Mühe gelang es einem der Fischer, sich zu retten und noch einen zweiten aus dem Wasser zu ziehen, der im nächsten Dorf Hilfe holte. Insgesamt konnten elf Personen gerettet werden. Acht Männer und eine Frau sind ertrunken.

Reichswehr und Bombenattentäter.

„Rote Fahne“ kneift wieder einmal.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand die zweite Verhandlung im Beleidigungsprozeß des Reichswehrministers gegen die „Rote Fahne“ statt.

Das Kommunistenblatt hatte in fünf Nummern hintereinander den Vorwurf erhoben, die Reichswehr stünde hinter den Bombenattentätern. In der Nr. vom 7. Dezember nahm der Augenwächter seinen Anfang. Der Reichswehrminister stellte Strafantrag und die verantwortlichen Redakteure Girtl und Steinicke hatten sich nun zu verantworten. Der als Zeuge herangezogene Untersuchungsrichter Rajur jagte aus, daß die Unterfuchung gegen die Bombenattentäter absolut keinen Anhalt hinsichtlich irgendeiner Beteiligung der Reichswehr an den Bombenattentaten ergeben habe. Der Sprengstoff stammte teils aus den Dresdener Dynamitwerken, teils war er in Rühlheim gestohlen. Auch von einer Beteiligung der D. C. könne keine Rede sein. Trotz dieser eindeutigen Aussage des Untersuchungsrichters konnte sich der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Apfel nicht zu einer Erklärung entschließen, in der die „Rote Fahne“ ihren Schwinkel zugebt. Die Verhandlung wurde vertagt. Der Reichswehrminister Groener solle befragt werden, wie er sich zu einem Vergleich stellen würde. In der gestrigen Verhandlung erklärte Rechtsanwalt Dr. Apfel, daß er sich mit dem Reichswehrminister in Verbindung gesetzt habe und dieser grundsätzlich nicht abgeneigt sei, den Strafantrag zurückzunehmen, falls die „Rote Fahne“ eine befriedigende Erklärung abgeben würde. Dr. Apfel bat um eine Vertagung.

„Alis“ Gehilfe „Pipel“.

Der Mittäter beim Ueberfall festgenommen.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die weiteren Nachforschungen der politischen Polizei zur Aufklärung des Ueberfalls auf den Studenten Wessel haben nun auch zu der Ermittlung und Festnahme des unter dem Spitznamen „Pipel“ bekanntgewordenen Mittäters des „Alis“ Höher geführt. Pipel, der mit dem mehrfach vorbestraften 28 Jahre alten Arbeiter Josef Kandulski personengleich ist, wurde heute morgen im Hause Einlestraße 219 festgenommen. Kandulski ist gefällig und wird nach beendeter Vernehmung dem Untersuchungsrichter zugeführt werden.

„Du hast gestern bei Madame zu viel Eis gegessen. Ich habe dir gleich gesagt, es würde dir nicht bekommen. Das beste für dich wäre ein heißes Fußbad.“

„Nein, nein, um's Himmels willen; in ein paar Minuten ist'ich auf.“

Um acht Uhr stand sie wirklich auf und wusch sich schlüfrig Gesicht und Hände vor dem keinen eisernen Waschtisch. Dann kämmte sie sich langsam ihr Haar und hatte keine Kraft mehr für etwas anderes übrig. Ihr Spiegel sagte ihr, daß sie ungewöhnlich blass sei. Ihr Vächeln war eine rührende kleine Mundbewegung ohne alle Fröhlichkeit — wirklich, wenn sie ihre Lippen anah, mußte sie an eine Geschichte denken, die sie einmal gelesen hatte, an die Geschichte eines armen kleinen Blümchens, dessen zarte, weiße Blütenblätter — ganz so wie ihre Lippen — welkten und starben, weil ein großer liebender Schmetterling sie vergessen hatte. Auf alle anderen Blumen warf er seinen Blütenstaub, und sie gingen auf und entzückten die Herzen der Kinder im Garten, aber weil er an ihm vorbeisag und ihm nichts von dem kostbaren Blütenstaub schenkte, mußte das arme weiße Blümchen welken und nergehen.

Der Besuch bei Beonie hatte sie nicht befriedigt. Die Umarmungen und Küsse der Kokotte hatten das empfindliche junge Mädchen nur erregt, und sie war froh, als es zum Ausbruch kam. Die Französin hatte einen Diamantring auf ihren Finger gestreift, ein Geschenk, das Bombinha energisch ablehnte und schließlich nur auf beharrliches Drängen Dona Nabels annahm. Dann waren die entnervenden Ereignisse der Nacht gekommen, der Kampf auf dem Hof und die Schlacht mit der Polizei und danach die Angst, ihr kleines Häuschen abbrennen zu sehen. Die Nachricht von Florindas Flucht und Marcianus' traurigem Zustand wirkten ebenfalls niederdrückend auf das zartfühlende Geschöpfchen.

Der Morgen rückte vor, aber ihr war immer noch nicht wohl zumut, und bei Tisch rümpfte sie die Nase über das einfache Mahl, das die alte Isabel bereitet hatte. Zum Abend war sie zu nervös, und das Buch, das sie zu lesen versuchte, fiel ihr vom Schoß. Nachmittags bedrückten sie die engen Wände von Nummer fünfzehn so sehr, daß sie es nicht länger im Zimmer aushiel und ihrer Mutter sagte, sie wolle auf dem Feld hinter dem Hause spazierengehen. Dona Nabel wandte ein, sie könne doch im Augenblick ihre Arbeit nicht im Stich lassen, aber zu ihrem Erstaunen teilte ihr ihre Tochter mit, daß sie ihrer Gesellschaft nicht bedürfe, sondern allein sein wolle.

(Fortsetzung folgt.)

Kapitän Scott: Der Tod im Lager

Am Sonntag fand im Staatlichen Schauspielhaus die Uraufführung von Gertraude Schöner's „Expedition des Nordpols“ unter der Regie Leopold Kohners statt. Am Sonntag Prolog sind die Bühnen über die tragische Expedition in vollstündiger großer und billigeren neulandischen Ausmaßen erschienen. Wir neugierigen nachher aus dem Buch Robert Scott's „Leite Wabe“ einen dramatischen Entwurf, der uns mitten in den Ablauf des stürmischen Schicksals der Expedition hineinrückt.

Mittwoch, 14. Februar. Temperatur beim zweiten Frühstück 18 Grad, beim Abendessen 17 Grad. Ein schöner Tag mit bläulichem Wind, der gleichmäßig weht, und ein ziemlich guter Marsch. Wir machten uns etwas spät auf den Weg und zogen die Koräne hinterher. Anfangs wollte ich mich rechts wenden, wurde aber glücklicherweise anderer Sinnes, und wir folgten den gewundenen Linien der Koräne. Dieser Kurs brachte uns denn auch gut auf den Gletscher hinaus. Nach einer Stunde legten wir das Segel; aber unsere vereinten Anstrengungen ergaben nur eine langsame Fahrt, teils wegen der sandartigen Schneewehe, die oben auf der Höhe glüht, teils auch infolge unserer rauh gewordenen Schlittentufen. Beim zweiten Frühstück wurden sie abgetragt und mit Sandpapier geglättet. Aber dann kamen wir auf Schnee, der nur hin und wieder Eis durchscheinen ließ. Zuerst ging es erbärmlich, aber da Gefälle und Wind besser wurden, legten wir doch noch 12 Kilometer zurück.

Eine furchtbare Tatsache, aber unfeugbar: wir können nicht mehr gut marschieren! Wahrscheinlich keine von uns! Wilsons Bein schmerzt noch, und er magt sich nicht mehr auf die Schneeschuhe. Aber am schlimmsten sieht es mit Evans! Heute morgen entdeckte er plötzlich eine riesige Beule an seinem Fuß, und auf dem Marsch mußten wir ihn die Stiefelgassen immer wieder zurechtstieben — lange, kostbare Minuten, die wir nicht wieder zurechtbringen können! Dinge es nur erst, wie heute nachmittag, gleichmäßig auf Schneeschuhen vorwärts, dann könnte er sich wohl wieder erholen! Er ist hungrig, und Wilson auch. Aber wir dürfen es nicht wagen, mehr Lebensmittel zu verbrauchen, und ich, gegenwärtig Koch, bringe immer etwas weniger als die ganze Ration auf den Tisch. Wir sind schlaff und langsam bei der Lagerarbeit — das gibt neue Verzögerungen! Ich habe heute abend den anderen eindringlich zugesprochen — hoffentlich wird es nun besser damit. Das untere Gletscherdepot ist noch gegen 55 Kilometer entfernt, und unsere Lebensmittel reichen etwa drei Tage.

Donnerstag, 15. Februar. Lager R 29. Ein schwerer Marsch von 26 Kilometern heute, aber wir wissen nicht genau, wie weit es noch bis zum Depot ist. Heute nachmittag war es bewölkt und das Land lange Zeit unsichtbar. Wir haben die Nahrung verringert und die Schafensacke gefüllt und fühlen uns ziemlich kraftlos. In anderthalb, höchstens zwei Tagen werden wir das Depot erreichen, hoffe ich bestimmt — wir haben nichts anderes mehr im Sinn —, wir können keine anderen Gedanken mehr fassen.

Freitag, 16. Februar. Wir sind in entsetzlicher Aufregung: unser Evans scheint geistesgestört. Der sonst so selbstbewußte Mann ist ganz verändert; heute morgen und auch heute nachmittag ließ er auf einmal unter lächerlichen Vorwänden hastmachen! Wir leben von knappen Rationen, und bis morgen abend müssen unsere Lebensmittel reichen! Mehr als 18 oder 22 Kilometer können es nicht mehr bis zum Depot sein. Aber das Wetter ist uns in jeder Weise feindlich. Nach dem zweiten Frühstück waren wir wie in

Schneefallen eingehüllt, das Land war nur noch eben undeutlich in der Ferne sichtbar. Ereignisse wie die heutigen werden wir zeitweilig nicht vergessen! Vielleicht wird alles noch gut, wenn wir unser Depot morgen ziemlich früh erreichen! Aber mit dem kranken Mann unter uns — ? — Doch wozu sich über noch ungeschickte Dinge aufregen? Die Minuten zum Schlaf sind uns abgezählt — ich kann nicht mehr schreiben.

Sonnabend, 17. Februar. Ein grauenvoller Tag! Evans sah, nachdem er gut geschlafen hatte, ein wenig wohler aus, und versicherte, wie immer, daß es ihm sehr gut gehe. Er marschierte vor den Schlitten gespannt mit uns ab, verlor aber nach einer halben Stunde den Halt auf den Schneeschuhen und mußte abgehirt werden. Die Oberfläche war scheinlich, der kürzlich gefallene weiche Schnee blieb bei jedem Schritt in großen Klumpen an den Schuhen und Schlittentufen hängen, der Schlitten ächzte unter den Stößen, der Himmel war bedeckt und das Land verschwommen. Noch etwa einer Stunde machten wir halt, und Evans holte uns ein, aber sehr, sehr langsam. Nach einer halben Stunde blieb er wieder zurück und hat Bowers noch, ihm ein Ende Bindfaden zu leihen. Ich rief ihm, uns möglichst schnell nachzukommen, und er versprach es in einem, wie mir schien, heitern Tone. Als wir dem Monumentfelsen gegenüber waren, sahen wir Evans noch sehr weit zurück; ich ließ deshalb das Segel aufschlagen.

Anfangs waren wir gar nicht unruhig, brühten Tee auf und legten uns zum Essen. Als sich dann aber Evans immer noch nicht einstellte, schauten wir aus dem Zelt und sahen ihn noch weit entfernt. Jetzt packte uns die Aufregung, und wir liefen alle vier auf Schneeschuhen zu ihm hin. Ich langte zuerst bei ihm an und war entsetzt über sein Aussehen: mit aufgeregtem Anzug lag er auf den Knien, die Hände waren nadt und erroteten, und in seinen Augen war ein wilder Blick! Als ich ihn fragte, was ihm fehle, antwortete er in schleppendem Tone, er wisse nicht, was mit ihm sei, oder er habe wohl einen Ohnmachtsanfall gehabt. Wir richteten ihn auf, aber nach zwei oder drei Schritten sank er wieder auf den Schnee und zeigte alle Symptome vollständigen Zusammenbruchs. Wilson, Bowers und ich liefen zurück, um den Schlitten zu holen, während Dave bei ihm blieb. Als wir zurückkehrten, war er ohne Bewußtsein, und als wir ihn ins Zelt gebracht hatten, schien er vollkommen schlafträchtig.

Er erwachte nicht wieder: Um 1/2 1 Uhr in der Nacht ist er gestorben.

Der arme Evans hatte schon kurz vor unserem Eintreffen am Pol angefangen, schwächer zu werden, und der Schnee über seine erroteten Finger, später das wiederholte Fallen auf der anstrengenden Gletscherwanderung und zuletzt der völlige Verlust des Vertrauens auf sich selbst, hatten seine Gesundheit untergraben; Wilson nimmt als sicher an, daß er sich bei einem Fall das Gehirn verletzt habe. Fürchterlich, einen Kameraden so verlieren zu müssen! Aber bei ruhiger Nachdenken mußten wir uns sagen: immer noch ein Glück, daß die entsetzlichen Aufregungen der letzten Woche gerade so endeten. Mit einem Schwerkranken so weit reisen zu müssen, wäre für uns alle eine verzweifelte, rettungslose Sache gewesen! —

Um 1 Uhr nachts packten wir zusammen, zogen über die Brechsteine abwärts und fanden das untere Gletscherdepot ohne Mühe.

Maxim Gorki: Das Leben

Es standen vor dem Antritt des strengen Lebens zwei Menschen, die mit ihm unzufrieden waren. Auf die Frage: „Was wollt ihr von mir?“ antwortete der eine mit ermüdeten Stimme: „Mich empört die Grausamkeit deiner Widersprüche; vergebens sucht mein Geist den Sinn des Lebens zu erfassen, und meine Seele ist angefüllt mit schwarzen Zweifeln. Mein Selbstbewußtsein sagt mir, daß der Mensch das beste aller Geschöpfe ist.“

„Was willst du von mir?“ fragte leidenschaftlos das Leben. „Glück! Für mein Glück ist es notwendig, daß du die zwei Hauptwidersprüche meiner Seele auslöscht: Rein „ich will“ mit deinem „du mußt“.“

„Wünsche das, was du für mich mußt“, antwortete ihm streng das Leben.

„Ich will für dich mich opfern!“ schrie der Mensch. „Ich will der Herr des Lebens sein und muß zusammenbrechen unter der Last deiner Befehle. Weshalb?“

„Sprechen Sie doch einfacher!“ sagte der zweite, der dem Leben näher stand. Der erste jedoch fuhr fort, ohne auf die Worte seines Kameraden zu achten:

„Ich will Freiheit haben, will mit meinen Wünschen einträchtig sein und nicht aus Pflichtgefühl meines Nächsten Bruder oder Knecht sein; ich werde das sein, was ich will, Slave oder Bruder; ich will kein Stein der Gefängnisse Ihrer Begabtheit sein. Ich bin ein Mensch, ich bin Geist, ich bin die Vernunft des Lebens, ich muß ja frei sein.“

„Halt!“ sagte das Leben, hart lächelnd, „du hast schon viel gesprochen, und alles, was du noch weiter sagen willst, ist mir bekannt. Du willst frei sein? Nun denn! Sei es! Kämpfe mit mir, bezwinge mich und sei mein Herr, und dann werde ich dein Knecht sein. Du weißt, daß ich leidenschaftlos bin und mich meinen Besiegern immer leicht ergebe. Aber besiegen muß man mich! Hoit du die Kraft, für deine Freiheit mit mir den Kampf aufzunehmen? Ja? Bist du für diesen Kampf stark genug und verläßt du dich auch auf deine Kräfte?“

Und der Mensch sprach müde: „Du hast mich in den Kampf mit dir selbst hineingezogen. Du hast meine Vernunft geküßt wie ein Messer, daß ich mir in die Seele steck, ohne sie mir völlig zerstören zu können.“

„Sprechen Sie doch drohender mit ihm, jammern Sie nicht!“ sagte der andere.

Und der erste sprach weiter: „Ich will mich von deinem Joch befreien. O, laß mich doch das Glück genießen!“

Das Leben begann wiederum mit mornornem Lächeln: „Sage: Wenn du sprichst, verlangst du oder bittest du?“

„Ich bitte“, erwiderte wie ein Echo der Mensch.

„Du bist wie der gewöhnlichste Bettler; aber, mein Lieber, ich muß dir sagen: Das Leben gibt keine Almosen. Und erlaube noch etwas: Der Freie bittet nicht — er nimmt selbst meine Gaben...“

„Über du, du bist nicht mehr wie ein Sklave deines Wunsche. Frei

ist der Mensch, der die Kraft hat, allen Wünschen zu entsagen und einen Wunsch erfüllen will. Hast du begriffen? Fort von mir!“

Er verstand es. Wie ein Hund legte er sich zu Füßen des leidenschaftlosen Lebens hin, um ruhig die Brocken und Leberreste von seinem Tische aufzufressen.

Dann schauten die farblosen Augen des Lebens auf den zweiten Menschen — das war ein rotes aber gutmütiges Gesicht:

„Um was bittest du?“

„Ich bitte nicht, sondern fordere.“

„Was?“

„Wo ist die Gerechtigkeit? Ob sie her! Alles Übrige nehme ich später, zunächst aber muß ich die Gerechtigkeit haben. Ich warte lange, ich warte geduldig, ich führe ein arbeitsvolles Leben, ohne Raub, ohne Diebstahl, ohne Mord... Nun ist es genug!“

Wo ist die Gerechtigkeit?“

Und das Leben antwortete ihm lächelnd: „Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

„Wohin?“

Ahnen des Maschinenmenschen

Der Maschinenmensch oder „Robot“, wie er in angelsächsischen Ländern nach einer Dichtung des T. H. Capel heißt, ist das neueste Wunder der modernen Technik. Auch hier wird ein alter Sehnsuchtstraum des Menschen erfüllt, denn stets hat man danach getrachtet, dem Verloren den möglichst täuschenden Schein des Lebens zu verliehen, und der künstliche Mensch von heute vermag, wenn er auch noch theatralisch in phantastischer Ritterrüstung auftritt, sich zu bewegen, zu sprechen, Ausstellungen mit langen Reden zu eröffnen, ja sogar ein Telefon zu bedienen, schwierige Wägungen und Messungen vorzunehmen und die kompliziertesten Einrichtungen in Laboratorien auszuführen. Sicherlich steht diesem Maschinenmenschen, der besonders in Amerika schon über das Stadium der Spielerei weit hinausgekommen ist, eine große Zukunft bevor, aber er läßt auch auf eine weite Vergangenheit zurück, denn der Automat hat die Phantasie der Menschheit so beschäftigt wie keine andere technische Erfindung, und von den Wundern antiker Priester bis zu den geistesfülligen Visionen der Romantiker hat er dem Puppenwesen einen Schein des Ueberirdischen verliehen, wie Max von Boehm in seinem vor kurzem bei H. Brudmann in München erschienenen inhaltsreichen Buch über „Puppenspiele“ ausführt.

Die ältesten Puppen sind gewiß von Menschenhand im geheimen bewegt worden. Priestertrug bediente sich in allen Kulturen solcher beweglicher Puppen, um die Einbildungskraft der Gläubigen zu beeinflussen. Bei den Propheten des D. J. Amon gab die Statue des Gottes durch eine Kopfbewegung zu erkennen, welchen Weg sie einzuschlagen wünschte, und bei den römischen Umzügen wurde eine Figur des „Kinderfressers“ Manducus mitgeführt, der, unserem Achnacker ähnlich, seine riesige untere Kinnlade auf- und zullappen konnte. Wie hier, so mögen auch hinter den Puppen und Figuren, die alle möglichen „Wunder“ verrichteten, vielfach Menschen gesteckt haben. Ein Ueberrest sind noch die Riesenpuppen mancher Propheten in West- und Südeuropa, die sich besonders in keltischen Gebieten erhalten haben und in grotesken Formen die Karnevalszüge beleben. Schon im Mittelalter gab es solche Riesenfiguren aus Weidengeflecht und bemalter Leinwand, die Giganten, Rauten und andere Unholde darstellten; sie reichten manchmal mit ihren Holzstöcken noch über die Häuser hinaus.

Die eigentliche Entwicklung des „Maschinenmenschen“ begann aber erst mit der Verwendung von Triebkräften, wie Sand, Wasser und Quecksilber. Chinesen wie Griechen haben die Eigenschaft des Quecksilbers zur Verlegung des Schwerpunkts erkannt und für Siehaufmachern und ähnliches ausgenutzt. Am häufigsten aber bediente man sich des Wasserdrucks oder des Dampfes, und schon die Ägypter erbauten auf diese Weise ihre Automaten. Der berühmteste Mechaniker der Antike, Heron von Alexandria, konstruierte einen mit drei Räderwerken versehenen Wagen, auf dem die Apothek des Bacchus selbständig dargestellt wurde: aus dem Altar schlug die Opferkammer empor, aus dem Stab des Gottes spritzte Milch, aus seinem Becher strömte Wein, Bacchantinnen umkränzte unter Trommelwirbel und Beckenschlag den Tempel usw. In der Spätzeit des Altertums gab es sogar Automatenmacher, auf denen ganze Dramen mit fahrenden Schiffen, Stürmen und Schiffbrüchen vorgeführt wurden. Von berühmten Automaten erzählt Aristoteles in seiner Mechanik. Da gab es die selbsttätige Taube des Archytas von Tarent, silberne Puppen, die sich wie lebende Menschen bewegten usw. Im Mittelalter galt besonders der Orient als die Heimat solcher Zauberer, und man erzählte von Wundergärten, in denen künstliche Vögel sangen und mit den Flügeln schlugen, automatische Löwen brüllten usw. Die ganze bunte Zauberwelt der Automatenkunst hat sich dann auch später in den Gärten der Renaissance und des Barock entfaltet, in denen ganze Landschaften, Jahrmärkte, Bergwerke durch Wasser angetrieben, ihre vielfachen Bewegungen zeigten.

Nach Uhrwerke wurden mit automatischen Figuren verbunden und dienten besonders die großen Dome; so zeigte z. B. die Kunsthöhle im Strahburger Münster 1352 die heiligen drei Könige, die sich vorbeugten, und einen kränzbenden Jahn. Berühmt war das sog. „Männlein-Laufen“, der Vorüberzug der sieben Kurfürsten von Karl IV. an der Uhr der Nürnberger Marienkapelle, die 1386 bis 1361 errichtet wurde. Die Kunstfahnen in Lübeck, Danzig, Heilbronn, Ulm usw. führten dann nach ganz anderer Kunstwerke automatisch aus. Es gab auch Trintuhren, die auf Rädern auf der Tafel herumfuhren und von dem, vor dem sie stehen blieben, ausgetrunken werden mußten. Die automatischen Spielwerke gehörten bald zu den Hauptstücken der fahrenden Leute, und besonders geschätzt waren die Nürnberger in der Erfindung solcher Spielwerke. Ein automatisches Schauspiel, das Jahrhunderte lang von den wunderbaren Nürnberger Schachspielern gespielt wurde, war das sog. „Theatrum Mundi“, die Vorführung von Szenen aller Art seit der Erschaffung der Welt. Dieses neue mechanische Schauspiel ist erst durch den Film ganz vordrängt worden.

Im 18. Jahrhundert, wo man mit den Automaten einen besonderen Kult trieb, kam dann die Zeit der erstaunlichsten Leistungen, unter denen der 12 Stücke portogiese Flötenspieler und die schneidende, fürnerstehende und wassertrinkende Ente des Jacques de Vaucanson, das lächelnde, das zeichnende und das Klavier spielende Kind der beiden Drog und der geheimnisvolle Schachspieler des Wolfgang v. Kempelen hervorragen. Der letztere war freilich kein reiner Automat, sondern in der Figur steckte ein Mensch, der die Schachzüge tat. 1778 machte Kempelen eine wirklich sprechende Figur. Alle diese Wunder sind aber heute im Zeitalter des Grammophons und der Seelenzelle weit in den Schatten gestellt.

Die Wolfsplage in Kanada

In dem hügeligen, waldreichen Gelände von Nordwest-Alberta, dem am Osthang der Rocky Mountains gelegenen District Kanadas, richten die Wölfe, zur Zeit in nie geheimer Zahl, ungeheuren Schaden im Wildbestand und unter den Herden der Viehhüter an. Im Flußbezirk des Athabasca und des Saskatchewan sind die Verheerungen, die die hungrigen Bestien anrichten besonders groß. Seit Menschengebunden hat man dort nie so große Ruheb marodierender Wölfe beobachtet. Schon im frühen Winter machte sich die Plage bemerkbar und zwang zu großen Treibjagden, ohne daß man des Uebels hätte Herr werden können. Wie läßt diese Räuber sind, geht daraus hervor, daß sie selbst nicht davon zurückzureden, die in der Nähe der Blockhäuser eingesperrten kleinen Pferde anzufallen und zu töten. Es ist noch ein Glück, daß in dem dortigen Bezirk der Schnee nicht hoch liegt, so daß es dem Wild möglich ist, sich seinen Verfolgern durch die Flucht zu entziehen.

Ein Pflanzenwunder

Daß es sehr merkwürdig und eigenartig ist, an einer und derselben Pflanze erhebliche Mengen von Kartoffeln und Tomaten zu haben, bewies der große Andrang vor einem Leipziger Blumen-geschäft, in dessen Schaufenster dieses Pflanzenwunder ausgestellt war. Man hat zwar schon ab und zu gesehen, daß Stengel- sprossung zwischen Kartoffeln und Tomaten möglich ist, bekam aber Pflanzen mit doppeltem Erträgen nirgends zu Gesicht. Die Ursache ist wohl darin zu suchen, daß die Pflanzung, wie so vieles, durchaus möglich, im übrigen aber in der Durchführung recht schwierig und von Verlegern begleitet ist. Wie gelangte man nun zu den mit Tomaten und Kartoffeln beladenen Prachtexemplaren? Man legte die angekeimten Kartoffeln Anfang April in die Töpfe und stellte diese in einen kalten Mistbeetkasten. Anfang Mai wurde je ein Reis der Tomatenfrüchte „Erste Ernte“ in einer Höhe von 10 bis 15 Zentimeter auf die fruchtigsten Kartoffeltriebe gepflanzt, nachdem die anderen kurz über der Erde abgeknippen worden waren. Die aufgeschprossenen etwa 10 Zentimeter langen Tomatentöpfe wuchsen sehr schön an. Für sachgemäße Durchführung der Pflanzung und Pflege der Pflanzen wurde natürlich Sorge getragen. Sobald die Pflanzen nicht mehr weiltens, gewöhnte man sie langsam an Luft und Sonne. Schließlich wurden die Fenster ganz heruntergenommen. Anfang Juni pflanzte man die Tomaten-Kartoffel zusammen mit Tomaten aus und konnte bald feststellen, daß die Früchte der auf Kartoffeln veredelten Tomaten früher reifen, als die der danebenstehenden Tomaten. Das Aroma der Früchte unterschied sich in nichts von dem der unveredelten Tomaten. Die Kartoffelernte betrug 10 bis 12 Stück je Staude.

25 Prozent Reparationsersparnis.

Die finanzielle und wirtschaftliche Entlastung durch den Neuen Plan.

Wir beendigen mit diesem Artikel unsere kritische Uebersicht über den Neuen Plan (vgl. „Vorwärts“ Nr. 46 und 61), D. R.

In Stelle der früher erwarteten Steuerermäßigung wird der Annahme des Neuen Planes eine Steuererhöhung folgen. Eine schwere Enttäuschung, gewiß. Die Bedeutung der Entlastung auf Grund des Neuen Planes wird jedoch dadurch nicht vermindert, sondern vielmehr noch viel stärker unterstrichen. Als wir vor einigen Monaten über den Young-Plan im Zusammenhang mit der Finanzlage des Reiches sprachen, sahen wir die finanzielle Auswirkung des Young-Planes folgendermaßen zusammen: an Stelle der Steuererhöhung um 300 bis 400 Millionen eine Steuerermäßigung um etwa die gleiche Summe von 300 bis 400 Millionen Markt. Unter der Fortdauer des Dames-Planes erschien eine Steuererhöhung als unvermeidlich. Jetzt hat sich herausgestellt, daß sie auch nach der Annahme des Young-, also des Neuen Planes, unvermeidlich sein wird. Die Berechnung des vorhandenen Bedarfes, zu dessen Deckung neue Mittel beschafft werden müssen, muß einer besonderen Finanzpolitischen Betrachtung vorbehalten bleiben. Hier dürfen wir annehmen, daß im nächsten Jahre neue Einnahmen in Höhe von ungefähr 600 Millionen Markt für die Deckung der Bedürfnisse des Reiches zu beschaffen sind. Wenn der Dames-Plan in Kraft geblieben wäre, hätte man aber nicht 900, sondern etwa 2200 Millionen gebraucht, da wir im laufenden Jahre auf Grund des Dames-Planes 614 Millionen und im nächsten (1930/31) 704 Millionen mehr hätten bezahlen müssen. Wir bekommen also für das nächste Jahr eine gewaltige Entlastung.

Warum nun Steuererhöhung trotz Entlastung?

Noch wichtiger ist es, daß die Annahme des Young-Planes uns eine dauernde Entlastung bringt. Unter dem Dames-Plan hätte man die Steuern nicht nur für das nächste Jahr, sondern auf die Dauer erhöhen müssen. Jetzt brauchen wir nur einen einmaligen Mehrebeitrag zu leisten und werden schon im zweiten Young-Jahre (1931/32) Spielraum für eine Steuerermäßigung haben. Das wird uns völlig klar sein, wenn wir uns vergewissern, wie und weshalb unsere früheren Berechnungen über den Haufen geworfen wurden.

Zwei Ursachen haben eine außerordentliche Erschwerung der Finanzlage bewirkt. Erstens die Verschlechterung der Wirtschaftslage und zweitens die Verhinderung der Konsozolidierung der schwelenden Schuld durch die langfristigen ausländischen Anleihen. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Depression bewirkt einen Ausfall an Einnahmen und eine Zunahme der notwendigen Ausgaben. Diese Entwicklung hat schon die Ungültigkeit des Kreditvertrages für das laufende Jahr notwendig gemacht. Während man früher angenommen hat, daß der restliche Mehrebeitrag von 1928 aus der Entlastung seit dem 1. September 1929 gedeckt werden kann, besetzt jetzt dieser Mehrebeitrag in Höhe von 154 Millionen das nächste Jahr.

Wir rechnen ferner damit, daß die Finanzen der Arbeitslosenversicherung durch ausreichende Beitragserhöhung ins Gleichgewicht gebracht werden, so daß der Schatz an Reichsgeldmitteln zumeist wesentlich geringer und dann ganz beseitigt wird. Wegen des Widerstandes der bürgerlichen Parteien blieb die Beitragserhöhung monatelang aus und ist dann nicht in einer ausreichenden Höhe festgesetzt worden, während der Bedarf an Unterstützungsmitteln wegen der Verschlechterung der Wirtschaftslage größer geworden ist. Auf diese Weise ist wiederum eine Mehrbelastung von etwa 200 Millionen für das nächste Jahr entstanden. Bei geringeren Einnahmen muß man noch weiter rechnen: das bedeutet wiederum Mehrbelastung von ein paar hundert Millionen. Andererseits entsteht durch die Verhinderung der Aufnahme von Auslandsanleihen die Notwendigkeit, die gesamte schwelende Schuld im Laufe des nächsten Jahres aus den laufenden Einnahmen zu tilgen. Das ist noch eine Mehrbelastung von mehr als 500 Millionen Markt. Insgesamt ergibt sich auf diese Weise im Vergleich mit früheren Berechnungen ein Mehrbedarf, der eine Milliarde weit überschreitet, der aber ein einmaliger ist.

Die Zukunftsvorteile sind entscheidend.

Der Neue Plan wird uns helfen, die großen Schwereigkeiten des Augenblicks zu überwinden. Das wäre aber noch kein Grund für seine Annahme, wenn man diese augenblickliche Erleichterung in der Zukunft teuer bezahlen müßte. Der Hauptwert der neuen Reparationsregelung liegt eben darin, daß sie uns eine wesentliche Entlastung unserer Zukunft bringt. Finanziell schafft sie die Möglichkeit einer Steuerentlastung und, da sie endgültig ist, die Möglichkeit eines Umbaus des Steuerrechts nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. So kann diese finanzielle Entlastung auch eine günstige Wirkung auf unsere wirtschaftliche Entwicklung haben. Die Entlastung nach dem Neuen Plan hat aber noch deshalb eine besonders große wirtschaftliche Bedeutung, weil die Höhe der Zahlungen an das Ausland, zu welchen wir verpflichtet sind, erheblich herabgesetzt sind. Reparationen sind nichts anderes als eine Form der Kapitalausfuhr, die aber nicht wegen zu erwartender Verdienste, sondern auf Grund vertraglicher Verpflichtung geschieht und keinen Gewinn bringt, vielmehr einen reinen Verlust an Kapital bedeutet. Für unsere Wirtschaft, die noch immer einen Bedarf an Kapitalausfuhr hat, bedeutet diese erzwungene Kapitalausfuhr eine doppelte Belastung. Die Herabsetzung der Reparationszahlungen wird deshalb eine Entlastung des Kapitalmarktes bewirken, sie wird also zur Überwindung der vorhandenen Kapitalknappheit beitragen.

Es bleibt uns übrig, die Höhe dieser Entlastung zu schätzen. Eine genaue Berechnung ist nicht möglich, da die Belastung nach dem Dames-Plan keine feststehende Größe ist. Der Dames-Plan bestimmt die unterste Grenze, über die die tatsächliche Belastung (Wohlfandsindex) nach oben gehen muß, der Neue Plan stellt eine oberste Grenze dar, unter die die tatsächliche Belastung unter Umständen gehen kann. Der Dames-Plan legt nämlich nicht nur die Jahreszahlungen von 2 1/2 Milliarden fest, sondern auch ein Verfahren, auf Grund dessen sich die künftigen Jahreszahlungen erhöhen müssen, während die Jahreszahlungen nach dem Neuen Plan nie mehr erhöht werden dürfen. Sie werden sich

nie so erhöhen, wie es in der Tabelle der Jahreszahlungen im voraus für die ganze Geltungsdauer des Neuen Planes festgelegt ist. In bestimmten Fällen, von welchen früher die Rede war, können sie herabgesetzt werden.

Milliardenerleichterungen durch den weggefallenen Wohlfandsindex.

Die unbekannte Größe des Dames-Planes ist der Wohlfandsindex. Die Art seiner Zusammenfassung sichert das allmähliche Steigern der Jahreszahlungen, in welchem Maße, das läßt sich natürlich für die Zukunft nicht genau berechnen. Für das laufende Dames-Jahr (vom 1. September 1929 bis 31. August 1930) läßt sich aber schon jetzt sagen, daß der Zuschlag etwa 70 bis 75 Millionen Markt betragen sollte.

Professor Raab hat auch die Zuschläge für die künftigen Jahre durchschnittlich auf 75 Millionen Markt jährlich geschätzt. In den ersten fünf Jahren seit 1. September 1929 sollte der Zuschlag nur auf die Hälfte, dann aber auf den ganzen Umfang jeder Jahreszahlung berechnet werden. Nach der Annahme von Professor Raab würde also der Jahreszuschlag im Jahre 1934/35 bereits 450 Millionen betragen und noch weiteren zehn Jahren auf 1200 Millionen gestiegen sein. Ministerialrat Soltan schätzt (im „Magazin der Wirtschaft“) die Jahreszuschläge bedeutend niedriger als Professor Raab, betont aber, daß er die niedrigsten Zahlen, die zu erwarten wären, angenommen hat. Unsere Berechnungen liegen für das erste Jahr noch höher als die von Professor Raab, für die weiteren Jahre aber ungefähr in der Mitte zwischen denen von Raab und Soltan. Es genügt aber, wenn wir die niedrigeren von Soltan zum Vergleich mit den Zahlungen nach dem Neuen Plan heranziehen. Dann ergibt sich, wenn wir die Dames-Annullitäten mit dem Zuschlag, der zu erwarten wäre, nach Professor Raab schätzen, folgendes Bild (das Dames-Jahr beginnt jedesmal 5 Monate später als das Reparationsjahr nach dem Neuen Plan):

Reparationsjahr	Nach dem Dames-Plan mit Zuschlag	Nach dem Neuen Plan	Nach dem Neuen Plan weniger
in Millionen Markt			
1930-31	2575	1796	- 779
1931-32	2612,5	1772	- 840,5
1932-33	2650	1824	- 826
1933-34	2687,5	1888,5	- 799
1934-35	2950	1930	- 1000
1935-36	3025	1975	- 1050
1936-37	3100	2020	- 1080
1937-38	3175	2065	- 1110
1938-39	3250	2070	- 1177
1939-40	3325	2119	- 1206

Die höchste Jahreszahlung ist im Neuen Plan für das Jahr 1935/36 festgelegt, nämlich in der Höhe von 2429 Millionen. In

dem gleichen Jahre würde nach Professor Raab die Dames-Annullität mit Zuschlag nicht weniger als 5335 Millionen, also 2906 Millionen mehr als nach dem Young-Plan betragen!

Nach der Annahme von Soltan, dessen Berechnungen als die niedrigste Grenze der zu erwartenden Zuschläge gemeint sind, erscheint der Unterschied nicht so enorm; er bleibt immerhin so hoch, daß die Entlastung nach dem Young-Plan als eine sehr beträchtliche anerkannt werden muß. Im letzten Heft des „Magazin der Wirtschaft“ wird die Höhe der Dames-Annullitäten nach der Annahme von Soltan berechnet und auf die Reparationsjahre nach dem Neuen Plan, also vom 1. April bis 31. März umgerechnet. Wir vergleichen die so errechneten Dames-Annullitäten mit den Annullitäten nach dem Neuen Plan, die mit dem belgischen Marktabkommen berechnet sind:

Reparationsjahr	Nach dem Dames-Plan mit belg. Marktabkommen	Nach dem Neuen Plan mit dem belg. Marktabkommen	Nach dem Neuen Plan weniger
in Millionen Markt			
1930-31	2545	1817	- 728
1931-32	2537	1793	- 744
1932-33	2570	1845	- 725
1933-34	2582	1914	- 668
1934-35	2653	1976	- 677
1935-36	2714,5	2000,5	- 714
1936-37	2739,5	2046	- 793,5
1937-38	2765	2082	- 683
1938-39	2790	2099	- 691
1939-40	2815	2145	- 670

Für 1935/36, das Jahr mit der höchsten Annullität, würde nach dieser Berechnung die Annullität nach dem Dames-Plan 3465 und nach dem Neuen Plan 2438, also um 1027 Millionen weniger betragen.

Man könnte sich zwar auf den Standpunkt stellen, daß die Dames-Annullitäten seit 1924/25, nachdem die Reichsbahn- und Industrieforderungen getilgt sind, herabgesetzt würden. Mit Sicherheit läßt sich nichts darüber annehmen. Die Entlastung nach dem Neuen Plan erscheint in allen Fällen als sehr beträchtlich. Sogar unter der Annahme, daß die 300 Millionen aus Industrieforderungen und 600 Millionen von der Reichsbahn später nicht erfüllt werden müssen, bewertet das „Magazin der Wirtschaft“ die Kapitalsumme der deutschen Reparationsschuld nach dem Dames-Plan auf rund 49 Milliarden gegenüber nur 36 Milliarden nach dem Neuen Plan.

Diese neueren Schätzungen bestätigen unsere frühere Berechnung, daß die deutsche Reparationsschuld durch die Annahme des Neuen Planes um nicht weniger als 25 Proz. ermäßigt wird. Diese Annahme, die außerordentlich vorzuziehen ist, ist trotzdem dazu geeignet, die letzten Zweifel daran, daß der Neue Plan dem Dames-Plan vorzuziehen sei, zu beseitigen.

Lehrreiche Ziffern.

Wie die Unternehmer leichtfertig die Öffentlichkeit täuschen.

Daß die deutschen Unternehmer es mit der Wahrheit in ihren Geschäftsberichten und in ihrer Politik nicht genau nehmen, ist bekannt. Aber auch die breiteste Öffentlichkeit war bisher geneigt, anzunehmen, daß die deutschen Reparationslasten es zur Folge haben, daß ausländische Unternehmungen hinsichtlich des Anteils der Steuern, Soziallasten und Löhne an den Kosten der Produktion besser gestellt sind als deutsche Unternehmungen. So ist man auch geneigt, einen Satz wie den folgenden für wahr zu halten, der im letzten Geschäftsbericht des Ruhrmontantrusts zu lesen war: „Während so in Deutschland die Selbstkostengestaltung durch regelmäßig wiederkehrende Belastungen verschiedener Art äußerst erschwert wird, sucht man im Ausland der eigenen Industrie den Wettbewerbskampf auf dem Weltmarkt nach Möglichkeit zu erleichtern.“

Jetzt wird in der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ in einem von Jürgen Kuczynski durchgeführten Vergleich nachgewiesen, daß bei einem der größten amerikanischen Stahlkonzerne (United States Steel Corporation), deren Umsatz zweieinhalbmal so groß ist, als der der Vereinigten Stahlwerke A.-G., bei dreimal so hohen Löhnen der Anteil der Steuern, Soziallasten und Löhne erheblich größer ist, als beim Ruhrmontantrust. In welchem starken Ausmaße das der Fall ist, zeigt folgende Zusammenstellung:

Vereinigte Stahlwerke 1928/1929:	United States Steel Corporation 1928:
Der Durchschnittslohn des Arbeiters und Angestellten beträgt:	Der Durchschnittslohn des Arbeiters und Angestellten beträgt:
2565 Markt.	7837 Markt.
Die Löhne machen vom Gesamtumsatz aus:	Die Löhne machen vom Gesamtumsatz aus:
34,7 Proz.	45,3 Proz.
Die Steuern machen vom Gesamtumsatz aus:	Die Steuern machen vom Gesamtumsatz aus:
4,3 Proz.	5,6 Proz.
Löhne, Steuern und Soziallasten machen vom Gesamtumsatz aus:	Löhne, Steuern und Soziallasten machen vom Gesamtumsatz aus:
42,5 Proz.	51,8 Proz.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß der große amerikanische Konzern dreimal höhere Löhne zahlt, daß der Steueranteil im Verhältnis zum Umsatz höher und der Anteil der Löhne, Steuern und Soziallasten, der wichtigsten Produktionskosten, fast um 25 Prozent über dem der deutschen Vereinigten Stahlwerke liegt.

Diese Tatsachen sind außerordentlich überraschend und zur Beleuchtung der Rentabilität der deutschen Unternehmer außerordentlich lehrreich. Freilich besteht noch ein Unterschied: In dem Geschäftsbericht der United States Steel Corporation findet man kein

Wort darüber, daß die Steuern, Löhne oder sozialen Kosten zu hoch wären.

Elektroklärung an der Saar.

Beihertzentrale kommt nicht an das RWR.

Wie uns aus Saarbrücken gemeldet wird, hat eine Vertreterversammlung des elektropolitisch vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk und der einheimischen Saar-Elektrowirtschaftsvereine im Kampfen Zweiverbandes Beihertzentrale jetzt mit 226 gegen 80 Stimmen den Anschluß an die Saar-Elektrowirtschaft beschlossen. Damit wird der vom Präsidium des RWE gefasste Beschluß wirksam, daß das RWE, auf seine Interessen im Zweiverband Beihertzentrale verzichtet, wenn dieser selbst den Beschluß faßt, sich an die Saar-Elektrowerke anzuschließen. Ein sehr alter und ungeheuer hartnäckig geführter Streit um die Sicherung des Saargebietes für die Saarstraße ist damit hinsichtlich der Elektrowirtschaft der Saar grundsätzlich beendet.

Höhere Zölle für Kaffee und Tee?

Ihr Verbrauch wächst ständig.

In den Plänen des Reichsfinanzministers Dr. Meißner spielt auch die Zollherabsetzung für Kaffee und Tee eine Rolle. Sicher ist, daß der volkspolitische Finanzminister hier die Hand nach einer Einnahmequelle ausstreckt, die bei den bisherigen Zöllen dem Reich ständig steigende Einnahmen gebracht hat. In den letzten drei Jahren ist die Kaffee-Einfuhr um rund 40 Proz., die Tee-Einfuhr um 25 und die Kakao-Einfuhr um 30 Proz. gestiegen. 1929 betragen die Zolleinnahmen des Reiches bei Kaffee 183,2 Millionen (gegen 169,3 und 154,4 Millionen in den beiden Vorjahren), bei Tee 12,7 Millionen (gegen 11,7 und 11,5 Millionen). Für Kaffee, Tee und Kakao hat Deutschland im Jahre 1929 insgesamt 491 Millionen Markt ausgegeben gegen 427 Millionen im Jahre 1928 und 384 Millionen im Jahre 1927. Ob höhere Zölle den Verbrauch nicht detarifen könnten, daß die Zolleinnahmen auch zurückgehen? Das sollte man bei der Besteuerung des Kaffeestapfes, der heute etwas mehr Bohnen als früher hat, wohl bedenken.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen werden außer von den offiziellen Verhandlungsführern zur Klärung der Streitfrage auch von einer besonderen privaten deutschen Wirtschaftsdlegation gefördert. Ihr gehören Generaldirektor Stehler als Sachverständiger der Industrie, der Handelskammerpräsident Grund aus Breslau und Walter Eggert vom A D O B. an.

Schlechte Konjunktur droht den Zuwachs der Stromerzeugung. Nach „Wirtschaft und Statistik“ ergibt sich für das Jahr 1929 bei 122 erzielten Werten eine Stromerzeugung von 16,9 gegen 16,4 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1928, d. h. eine Steigerung um 17,8 Proz. Für das ganze Reich wird die Erzeugung auf 32 bis 33 Milliarden Kilowattstunden geschätzt. Die unünstigere Konjunktur hätte demnach gegen frühere Jahre einen Rückgang des Zuwachses von etwa 25 auf etwa 17 Prozent gebracht.

